



GERHARD THÜR

OPERA OMNIA

<http://epub.oeaw.ac.at/gerhard-thuer>

Nr. 199 (Aufsatz / *Essay*, 2003)

Sachverfolgung und Diebstahl in den griechischen Poleis (Dem. 32, Lys. 23, IC IV 72 I, IPArk 32 u. 17)

Symposion 1999, hg. v. Gerhard Thür / Francisco Fernández Nieto
(Akten der Gesellschaft für Griechische und Hellenistische
Rechtsgeschichte 14), 2003, 57–96

Böhlau Verlag (Wien)
(<http://www.boehlau-verlag.com>)
© Gerhard Thür

Schlagwörter: *Diadikasia* — *exagein* — *dike exoules* — Seedarlehen — *paragraphe*

Key Words: *diadikasia* — *exagein* — *dike exoules* — *sea loan* — *paragraphe*

gerhard.thuer@oeaw.ac.at
<http://www.oeaw.ac.at/antike/index.php?id=292>

Dieses Dokument darf ausschließlich für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden (Lizenz CC BY-NC-ND),
gewerbliche Nutzung wird urheberrechtlich verfolgt.

This document is for scientific use only (license CC BY-NC-ND), commercial use of copyrighted material will be prosecuted.

Gerhard Thür (Graz)

Sachverfolgung und Diebstahl in den griechischen Poleis

(Dem. 32, Lys. 23, IC IV 72 I, IPArk 32 u. 17)

I

Eine generelle, διαδικασία genannte Eigentumsklage war dem Recht der altgriechischen Poleis fremd. Diese Feststellung ist nach dem derzeitigen Stand der Quellen unschwer zu treffen¹. Damit ist freilich noch nicht ausgeschlossen, daß um das Eigentum an einer Sache — z.B. um einen Sklaven — in einem Verfahren gestritten werden konnte, das der „struttura di una *diadikasia*“ entsprach, wie das Alberto Maffi neuerdings behauptet². Diese Struktur bestünde darin, daß — entsprechend der altrömischen *legisactio sacramento in rem* — jeder der beiden Eigentumsprätendenten im Prozeß sein besseres Recht an der Sache zu beweisen habe³. Die von Maffi neu ins Gespräch gebrachten Quellen werden also auf diese Struktur hin zu überprüfen sein. Läßt sich ein Prätendentenstreit, der mit einem

¹ G. Thür, Kannte das altgriechische Recht die Eigentumsdiadikasia? in: Symposion 1977, hg. v. J. Modrzejewski / D. Liebs (Köln–Wien 1982) 55–69 gegen die ältere Theorie, hauptsächlich vertreten von G.A. Leist, Der attische Eigentumsstreit im System der Diadikasien (Diss. iur. Tübingen; Jena 1886) und M. Kaser, Der attische Eigentumsschutz, in: ZSSStRom 64, 1944, 134–205, 179–191 (weitere Lit. s. Thür, a.a.O. 55 Anm. 5, 59 Anm. 22); zustimmend M. Kaser, Über 'relatives Eigentum' im altrömischen Recht, in: ZSSStRom 102, 1985, 1–39, 32f.; D. Behrend, Die Pachturkunden der Klytiden, in: Symposion 1988, hg. v. G. Nenci / G. Thür (Köln–Wien 1990) 231–250, 249 Anm. 60; A. Maffi, Processo di libertà e rivendicazione in proprietà dello schiavo a Gortina e ad Atene, in: Symposion 1995, hg. v. G. Thür / J. Vélissaropoulos-Karakostas (Köln–Weimar–Wien 1997) 17–25, 17 — doch mit wesentlichen Einschränkungen 18–25, auf die unten noch ausführlich zurückzukommen ist.

² Maffi, Processo (o. Anm. 1) 18; er beruft sich vor allem auf col. I 15–24 der Großen Inschrift von Gortyn und stellt diesem Text col. I 1–14 und Lys. 23, g. Pankleon, gegenüber.

³ Maffi, Processo (o. Anm. 1) 17, fußend letztlich auf Leist, Eigentumsstreit (o. Anm. 1) 31ff., s.u. Anm. 112.

'Feststellungsurteil'⁴ über das bessere Recht endet, nicht nachweisen, muß jedoch der positive Nachweis erbracht werden, in welchen anderen rechtlichen Formen die Sachverfolgung bei den Griechen ablief. Als nicht tragfähig dürfte sich dabei der Gedanke erweisen, im Vorenthalten fremden Gutes generell den Deliktstatbestand der Vermögensschädigung, βλάβη, zu sehen⁵. Ohne vorher erfolgte zweckgerichtete Vermögenszuwendung kann der Eigentümer einer Sache den Besitzer, der ihm diese vorenthält, nicht wegen Schädigung verklagen⁶. Es dürfte also nicht auf Zufall beruhen, daß bislang noch kein Beleg dafür gefunden wurde, daß ein Eigentumsstreit indirekt mit einer δίκη βλάβης geführt worden wäre.

Bei der Suche nach den rechtlichen Formen der Sachverfolgung wird sich herausstellen, daß bisher bereits die Frage falsch gestellt war: Ebensowenig wie die Eigentumsdiadikasia gab es 'den' Eigentumsprozeß. Je nach der faktischen Beherrschbarkeit der Gegenstände kannten die Griechen verschiedene — in der Regel indirekte — Wege, sich durch Prozeß wieder in den Besitz der ihnen von anderen vorenthaltenen Sachen zu setzen. Ich spreche deshalb im folgenden nicht von 'dem' Eigentumsprozeß, sondern von den verschiedenen Verfahren der Sachverfolgung. Es kam beispielsweise darauf an, ob es sich um Häuser und Grundstücke, eine Schiffsladung, Sklaven⁷ oder sonstige bewegliche Vermögensstücke handelte. Diese in den Quellen faßbaren Gruppen sollen im folgenden einzeln besprochen werden.

II

1) Wenig neues kann man zum Streit um unbewegliche Sachen beitragen. Wer die Quellen und Literatur zur δίκη ἐξουλής kennt, den wird das nicht wundern⁸. Fest steht, daß es im Streit um die Sachherrschaft über Häuser

⁴ Maffi, *Processo* (o. Anm. 1) 23.

⁵ So, etwas vorschnell, noch Eigentumsdiadikasia (o. Anm. 1) 68f., aufbauend auf A. Kränzlein, *Eigentum und Besitz im griechischen Recht des 5. u. 4. Jh. v. Chr.* (Berlin 1963) 141-143.

⁶ S. H.J. Wolff, *Die Grundlagen des griechischen Vertragsrechts*, in: *ZStRom* 74, 1957, 26-72, 39-44 (zur μίσθωσις).

⁷ Speziell diesem Problem widmet sich Maffi (o. Anm. 1), s. dazu weiter unten II 4 u. 5.

⁸ Obwohl A.R.W. Harrison, *The Law of Athens I. The Family and Property* (Oxford 1968) 214-217 die Theorie der 'Eigentumsdiadikasia' vertritt, kann man seinen Ausführungen zur δίκη ἐξουλής (217-220, 322f.) folgen. Mittelbar ist für den Streit um Grundstücke die Registrierungspflicht von Liegenschaftsverkäufen von Bedeutung, s. M. Faraguna, *Vendite di immobili e registrazione pubblica nelle città greche*, in diesem Band, s.u. 97-99, ebenso die Garantenstellung des πράττης, 120. Beipflichten kann man

und Grundstücke in Athen ein einfaches, handgreifliches Verfahren gab: Wer sein Recht gegen einen Besitzer ausüben wollte, drang — verabredungsgemäß — eigenmächtig ein mit der Behauptung, das Grundstück gehöre ihm. Bestritt der Besitzer das Recht des Eindringlings, faßte er ihn an und führte ihn wieder hinaus (ἐξάγειν, ἐξείλλειν). Wegen dieses Aktes formaler Gewaltausübung stand dem Eindringling die pönale 'Vertreibungsklage', die δίκη ἐξουλήs, zur Verfügung. In diesem Prozeß trat also derjenige, der sein Recht verfolgte, als Kläger auf, der Besitzer hatte die Beklagtenrolle inne. Der Beklagte riskierte bei einer Verurteilung, den Wert der Sache zu gleichen Teilen dem Kläger und dem Staat bezahlen zu müssen⁹; außerdem durfte der Kläger nun seine Eigenmacht weiter ausüben und sich in Besitz des Grundstücks setzen¹⁰.

Dieses zügige Mittel der Sachverfolgung stand freilich in Athen nicht jedem zu, der Eigentum an einem Grundstück behauptete. Nach den Lexika und dem Befund der Reden sind es nur vier privilegierte Fälle: a) Wer durch Urteil an einer Sache berechtigt ist oder nach einem Urteil beim Eintreiben der ihm zugesprochenen Geldsumme an der Pfändung einer Sache gehindert wird, b) der Pfandgläubiger, c) der Hauserbe (γνήσιος) und d) der Pächter oder Käufer vom Staat¹¹. Das Zugriffsrecht des Eigentümers mußte offenkundig sein. Wer um ein Grundstück oder ein Haus stritt, war, um sein Recht offenkundig zu machen, wie ich meine, nicht auf

Faragunas Beobachtung, daß ein Register der Verkäufe präventiv zur Vermeidung von Prozessen beiträgt, 120; andererseits geht aus den Quellen aber nicht hervor, welche Art von Klage gegen den Käufer eines Grundstücks erhoben werden muß, um die Garantiepflicht des *πρατήρ* auszulösen. Zum Gewährzug bei beweglichen Sachen s.u. II 6.

⁹ So das im Scholion zu Hom. Il. 21, 282 (POxy II 221 col. XIV 12-16) überlieferte Gesetz aus Solons fünftem Axon: ἐάν τις ἐξείλλη, ὦν ἂν δίκην νικήσῃ, ὅτου ἂν ἄξιον ᾖ, καὶ εἰς δημόσιον ὀφλεῖν καὶ τῷ ιδιώτῃ ἑκατέρῳ ἴσον. Ob der wegen unbefugter Gewaltanwendung gegen den eingedrungenen Eigentümer verurteilte Besitzer des Grundstücks dem im Prozeß siegreichen Eigentümer und dem Staat jeweils den gesamten Wert des Grundstücks, also insgesamt den doppelten, oder beiden gemeinsam den einfachen Wert, in zwei Hälften geteilt, zahlen mußte, läßt sich aus dem Text nicht entscheiden. Entsprechend der Haftung des *assertor* im Statusprozeß und der des Diebes (s.u. Anm. 85 und 125) dürfte der zweiten Lösung der Vorzug zu geben sein, s.u. III.

¹⁰ S. L. Gernet, Sur la notion du jugement en droit grec, in: ders., Droit et société dans la Grèce ancienne (Paris ²1964) 61-81, 75 Anm. 1. Welche Sanktionen den Kläger trafen, dessen δίκη ἐξουλήs abgewiesen wurde, wissen wir nicht. Vielleicht konnte Eindringen in fremdes Gut mit der unrichtigen Behauptung, der Besitzer habe kein Recht daran, von diesem als ὕβρις geahndet werden; auf eine Sanktion im Bereich des Ehrverlustes deuten die Worte in der Proklesis zur außergerichtlichen Beilegung einer δίκη ἐξουλήs in Dem. 32,18: τοῦτον πονηρὸν ὄντ' ἡξιούμεν ζημιούσθαι (s.u. nach Anm. 40).

¹¹ Harrison, Law I (o. Anm. 8) 218 Anm. 1 mit Quellenangaben.

eine Diadikasia angewiesen, sondern klagte den Besitzer zunächst auf Herausgabe der entgangenen Früchte oder des nicht gezahlten Mietzinses (δίκη καρποῦ, ἐνοικίου)¹². In diesen Prozessen wird die Eigentumsfrage notwendigerweise mit entschieden. Von echten Auseinandersetzungen um Pacht- oder Mietzins unterscheiden sich diese Klagen insofern, als ein Pächter oder Mieter, der nicht bezahlte, jederzeit vom Grundstück vertrieben werden konnte¹³ und dem Verpächter wegen βλάβη haftete; für vertraglich geschuldete Beträge hafteten dem Verpächter in der Regel auch Bürgen¹⁴.

2) Ein schönes Beispiel für einen 'Eigentumsstreit' um eine — nach heutigen Begriffen — bewegliche Sache bietet die 32. Rede des Demosthenes, gegen Zenothemis¹⁵. Es wird mit δίκη ἐξουλήs um die Sachherrschaft an einer Getreideladung gestritten, die nach zahlreichen Wechselfällen von Syrakus im Piräus eingelangt war. Man kann davon ausgehen, daß das Getreide bereits vom Schiff ausgeladen und in einem Magazin gelagert war¹⁶. Nur der Berechtigte oder mehrere gemeinsam durften es von dort beheben. Von einer ähnlichen Situation geht auch die Bestimmung in der Seedarlehensurkunde der Lakritos-Rede aus, wonach die Schuldner die verpfändeten Waren bis zur Rückzahlung des Darlehens

¹² Diese beiden Klagen setzen keine vorangegangene 'Zweckverfügung' samt hieraus entstandener βλάβη voraus, sondern beruhen unmittelbar auf dem Gesetz, s. Wolff, Grundlagen (o. Anm. 6) 40-43.

¹³ D. Behrend, Attische Pachturkunden (München 1970) 131f.

¹⁴ Behrend, Pachturkunden (o. Anm. 13) 133f. Harrison, Law I (o. Anm. 8) 227 findet keine befriedigende Lösung, wie die Fälle der indirekten Feststellung des Eigentums von echten Klagen auf rückständigen Zins zu unterscheiden gewesen wären. Schon Wolff, Grundlagen (o. Anm. 6) 40f. hat gezeigt, daß die beiden oben genannten Klagen von Gesetzes wegen zustehen und kein 'Vertragsverhältnis' voraussetzen.

¹⁵ Die folgende Interpretation beruht im wesentlichen auf H.J. Wolff, Die attische Paragraphe (Weimar 1966) 35-47; s.a. S. Isager / M.H. Hansen, Aspects of Athenian Society in the Fourth Century B.C. (Odense 1975) 138-149, beides mit ausführlicher Bibliographie. Hieraus sei für die gegenwärtige Problematik vor allem verwiesen auf Th. Thalheim, Der Prozeß Demons gegen Zenothemis. (Demosthenes) XXXII, in: Hermes 23, 1888, 202-210; L. Mitteis, Romanistische Papyrusstudien in: ZSSStRom 23, 1902, 274-314; E. Rabel, Δίκη ἐξούλης und Verwandtes, in: ZSSStRom 36, 1915, 340-390 [= Ges. Aufs. IV, 1971, 294-335]; ders., Zur δίκη ἐξούλης, in: ZSSStRom 38, 1917, 296-316 [336-353]. Herr Kollege D. Nörr hat die Rede im Seminar des Sommersemesters 2001 in München interpretiert und dabei förderliche kritische Fragen aufgeworfen; ich danke den Leitern des Seminars für die Einladung zur Teilnahme.

¹⁶ Das legen in Dem. 32 die Worte nahe (§ 14): 'Ἐπειδὴ τοίνον ἀφίκετο δεῦρο τὸ πλοῖον, ..., τὴν μὲν ναῦν οἱ ἐπὶ τῇ νηὶ δεδανεικότες ἐνθένδ' εὐθέως εἶχον, τὸν δὲ σῖτον ὁ ἡγορακὼς εἶχεν' ... Schiff und Ladung gingen getrennte rechtliche Schicksale, s. schon Mitteis, Papyrusstudien (o. Anm. 15) 289; Rabel 1915 (o. Anm. 15) 368 [317].

innerhalb von 20 Tagen nach Rückkehr des Schiffes — frei von Rechten Dritter (ἀνέπαφον) — unter dem Verfügungsrecht der Gläubiger bereitzuhalten hätten¹⁷. Traten, wie in Dem. 32, mehrere Personen mit der Behauptung auf, die Ware „gehöre ihnen“, waren das förmliche Eindringen in den Lagerraum und das Hinausführen des Eindringenen die geeignetste Form, den Streit um die an sich bewegliche Sache in Gang zu setzen.

Die Rede und die dahinter stehende Prozeßtaktik können als Meisterwerk demosthenischer Logographenkunst bezeichnet werden, was allerdings den Blick auf die ihr zugrunde liegenden historischen Fakten nicht erleichtert, sondern wesentlich erschwert¹⁸. Auch wenn es in der vorliegenden Untersuchung nur darum geht, den Streit um die Sachherrschaft am Getreide darzustellen, kann dies nur geschehen, wenn man die gesamte prozessuale Situation beleuchtet. Die Rekonstruktion der Fakten muß trotz 150jährigen Bemühens wegen der suggestiven, aber naturgemäß einseitigen Darstellung des Sprechens über weite Strecken hypothetisch bleiben.

Außer Streit dürften folgende Ereignisse stehen: Das Handelsschiff des Massalieten Hegestratos (§ 8) war auf dem Weg von Syrakus zum Piräus in Schwierigkeiten geraten (angeblich wollte es Hegestratos, um seine Kreditgeber zu betrügen, selbst versenken, §§ 5-7; doch ist in § 27 auch von einem Sturm die Rede). Hegestratos, der Naukleros, war über Bord gestürzt und ertrunken (§§ 4, 6). Nach der Reparatur in Kephallenia versuchte Zenothemis, ein mitreisender Landsmann des umgekommenen Hegestratos, das Schiff in ihre Heimat Massalia umzulenken (§ 8), doch

¹⁷ Dem. 35 (g. Lakritos) 11f.: ... Καὶ παρέξουσιν τοῖς δανείσασιν τὴν ὑποθήκην ἀνέπαφον κρατεῖν, ἕως ἂν ἀποδώσιν τὸ γινόμενον ἀργύριον κατὰ τὴν συγγραφὴν. (12) Ἐὰν δὲ μὴ ἀποδώσιν ἐν τῷ συγκειμένῳ χρόνῳ, τὰ ὑποκείμενα τοῖς δανείσασιν ἐξέστω ὑποθεῖναι καὶ ἀποδόσθαι τῆς ὑπαρχούσης τιμῆς. ... Auch hier ist von Einlagerung der Waren nach Ankunft des Schiffes auszugehen.

¹⁸ In diesem Sinn Isager / Hansen, *Aspects* (o. Anm. 15) 138; unentschieden zur Frage der Echtheit Wolff, *Paragraphe* (o. Anm. 15) 35 Anm. 31. Auch der unkonventionelle Schluß der Rede dürfte mit L. Rubinstein, *Litigation and Cooperation* (Stuttgart 2000) 128 Anm. 20, das Produkt ausgefeilter Prozeßtaktik gewesen sein: Mit der Konjektur des letzten in § 32 erhaltenen Wortes ἐξέστηκα in -κεν deutet sie den unvollständig überlieferten Satz als Ankündigung des Sprechers Demon, nun werde sein Verwandter, der Rhetor Demosthenes, als Synegoros sprechen. Wenn Demon kurz davor (§ 31) das Argument des Gegners vorweg entkräftet, er führe seinen angeblich hoffnungslosen Prozeß nur im Vertrauen auf die Überzeugungskraft Demosthenes' (der nun das Wort ergreifen werde), läßt er die Geschworenen vergessen, daß auch das bisher gehaltene, so einleuchtende Plädoyer aus der Werkstatt des fähigsten zeitgenössischen Logographen stammt. Zur Verwandtschaft mit Demon s. Plut. Demosth. 27.

dem Athener Demon gelang es durch einen von Athen aus gesandten Vertrauensmann, die Hafenbehörde in Kephallenia dazu zu bewegen, die Weiterfahrt zum Piräus anzuordnen (§§ 9, 14). Dort angekommen, wurde das Schiff von den hierauf gesicherten Kreditgebern beschlagnahmt; die Ladung, Getreide aus Syrakus, wurde von einem Nichtathener Protos (§§ 14, 29), Schuldner des Demon, in einem Speicher eingelagert (§ 14)¹⁹. Um dieses Getreide ging der Streit, in dessen Verlauf die Rede gehalten wurde.

Demon, der Sprecher, behauptet, Protos habe das Getreide (§§ 9, 12) mit einem von ihm gewährten Darlehen (§§ 14, 25) gekauft, wobei er aber das Innenverhältnis zu seinem Darlehensschuldner bezeichnenderweise im Dunklen beläßt²⁰. Zenothemis aus Massalia, der Gegner im vorliegenden Verfahren, behauptet, der unterwegs umgekommene Naukleros Hegestratos habe von ihm ein Darlehen aufgenommen und ihm eben jenes Getreide in einer auf See errichteten Urkunde dafür verpfändet (§§ 12, 15, 16, 19). Wir werden sehen, daß beide Standpunkte einander nicht schlechthin ausschließen. Zenothemis sucht seinen Anspruch auf das Getreide (ἡμφοεσβήτει τοῦ σίτου, § 14) durch förmliches Eindringen in den Speicher (εἵχeto, § 17) zu dem Zweck, wieder förmlich hinausgeführt zu werden (ἐξάγεσθαι, §§ 17-20), durchzusetzen. Anschließend verklagt er den- oder diejenigen, die ihn hinausgeführt hatten, mit δίκη ἐξουλῆς. Kann er sein (besseres) Pfandrecht am Getreide nachweisen, gewinnt er die Geldbuße und auch das Zugriffsrecht auf das Getreide. Allerdings verschweigt der Verklagte Demon den Namen der erhobenen Klage und deren Konsequenzen.

Bemerkenswert sind sowohl die vorprozessualen Auseinandersetzungen der Beteiligten um das förmliche Hinausführen als auch die hierauf ergriffenen Prozeßschritte. Fest steht, daß Zenothemis den Athener Demon dazu gebracht hat, ihn hinauszuführen und das Risiko einer δίκη ἐξουλῆς auf sich zu nehmen (§§ 17, 19). Damit hatte Zenothemis zwar einen zahlungsfähigen, in Athen zur Vollstreckung greifbaren Gegner gefunden, während Protos (§ 29) sicher und ein nur einmal erwähnter Phertatos (§ 17) wahrscheinlich Ausländer ohne Vermögen in Athen waren. Nicht

¹⁹ S. o. Anm. 16.

²⁰ Mit der neueren Literatur ist davon auszugehen, daß es sich um ein Seedarlehen handelt hat, s. Isager / Hansen, Aspects (o. Anm. 15) 138; Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 36f. mit Überlegungen zu den Gründen für Demons vage Äußerungen über sein Verhältnis zu Protos, vgl. a. Rabel 1915 (o. Anm. 15) 368f. [317f.], Mitteis, Papyrusstudien (o. Anm. 15) 290f., Thalheim, Prozeß 207. Auch nur die Bezeichnung des Protos gewährten Kredits als „Seedarlehen“ wäre für Demons Paragraphe gefährlich, s.u. Anm. 28 und 61.

gerechnet hatte Zenothemis wohl damit, daß Demon gegen seine als δίκη ἐμπορική erhobene Vertreibungsklage eine παραγραφή einlegen werde. Damit bestritt Demon — mit windigen Argumenten²¹ — die Zulässigkeit, „Einführbarkeit“, der δίκη ἐξουλής als Handelsklage, und ein Dikasterion hatte zunächst über diese spezielle Frage zu entscheiden. Prozeßtaktisch gewann Demon mit seiner Paragraphe den unschätzbaren Vorteil, den Geschworenen seine Sache als erster vorzutragen zu können²². Das nützte sein Logograph in — nach heutigen Maßstäben — geradezu unverschämter Weise aus, um Emotionen gegen den Kläger zu erwecken und die Fakten für den verklagten Demon im günstigsten Licht erscheinen zu lassen. Doch wird auch die Gegenseite auf ähnliche Weise mit Emotionen gearbeitet haben.

Leicht zu durchschauen ist der gegen den Ausländer Zenothemis erhobene emotionale Vorwurf, die Geschworenen mögen das Getreide, das der Bürger und Patriot Demon gegen alle Ränke der Gegner schließlich nach Athen „eingeführt“ hat, durch eine Entscheidung, Zenothemis' Klage sei trotz Demons Paragraphe „einführbar“, nicht einem Ausländer in die Hände spielen (§§ 21-23). Wem immer das Recht am Getreide zugesprochen wird, es hat seinen Bestimmungsort Athen erreicht, und weder Zenothemis noch Demon durften es wieder ausführen.

Schwieriger ist es, mögliche Verdrehungen der Tatsachen festzustellen, um dem wahrscheinlichen Ablauf der prozessualen Handlungen und deren Voraussetzungen im äußeren Ablauf der Ereignisse näherzukommen. Auf drei von den bisherigen Bearbeitern wenig beachtete Fragen ist im Zusammenhang mit dem Streit um die Getreideladung näher einzugehen: a) Welche Klage hatte Zenothemis vor seinem gegen Demon laufenden Prozeß gegen Protos erhoben (§§ 21, 27-29)? b) Könnte das von Zenothemis behauptete Pfandrecht am Getreide (§§ 12, 14, 16) tatsächlich begründet worden sein? c) Welche Bedeutung hat Hegestratos' Tod im Meer (§§ 2, 4, 6, 15; vgl. a. 27) für die in Athen durchgeführten Prozesse? In allen drei Fragen kann man versuchen, die den Geschworenen glanzvoll vorgetragene Schilderung zu dekomponieren.

Über die von Zenothemis gegen Protos erhobene Klage (a), von der die Geschworenen nach einer dunklen Andeutung in § 21²³ erst am Schluß der

²¹ Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 44f. sieht die Einführbarkeit aus der deliktischen Haftungsbeziehung (συμβόλαιον) als gegeben an, vgl. aber u. Anm. 62.

²² Isokr. 18, 2; Dem. 45, 6, s. Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 6, 11, 87f. Zum 'Vorteil des ersten Wortes' s.u. bei Anm. 66.

²³ Zur Taktik der Logographen, den Geschworenen durch 'Isolierung der Fakten' ein falsches Gesamtbild der Tatsachen zu suggerieren s. G. Thür, Beweisführung vor den Schwurgerichtshöfen Athens (Wien 1977) 256 (mit Beispielen 51, 164, 236); für die

Rede (§§ 27-29) näheres erfahren, ist schon lange gerätselt worden. Isager / Hansen leiten, gestützt auf Lipsius, aus § 27 ab, Zenothemis habe Protos wegen Diebstahls einer Urkunde mit δίκη βλάβης verfolgt²⁴, Wolff zieht sich darauf zurück, es müsse sich um eine Deliktsklage gehandelt haben, aber keinesfalls sei es eine δίκη ἐξουλῆς gewesen, wie sie später gegen Demon erhoben wurde²⁵. Er tritt damit der Meinung Thalheims entgegen, sowohl Protos als auch Demon seien mit δίκη ἐξουλῆς verfolgt worden²⁶. Meines Erachtens hat bereits Thalheim ganz klar das Richtige erkannt, Lipsius²⁷ kritisiert ihn zu Unrecht. Um das zu beweisen, muß man Demons Schilderung der Vertreibungshandlungen genauer betrachten.

Protos, der — wie noch zu zeigen ist — unbestrittenermaßen das Getreide in Syrakus gekauft hat (ebenso unbestrittenermaßen mit von Demon stammendem Geld), lagerte das im Piräus angekommene Getreide unter seinem Namen ein. Da anzunehmen ist, daß er mit Demon einen Seedarlehensvertrag abgeschlossen hat — was dieser in seiner Paragraphe-Rede nun geflissentlich verschweigt²⁸ — dürfte Demon bis zur Rückzahlung des Darlehens auf dem Getreide eine *hypothèque* eingeräumt worden sein²⁹. Gegen Ansprüche Dritter bildeten die beiden also eine rechtliche Einheit und Interessengemeinschaft. Sie sind bis zur Fälligkeit der Darlehenssumme nach außen 'Mitbesitzer' des eingelagerten Getreides³⁰; erst mit Verzugseintritt steht dem Gläubiger Demon das alleinige

Zenothemis-Rede hat das bereits Thalheim, Prozeß (o. Anm. 15) 208 Anm. 1 beobachtet, jedoch § 21 zu Unrecht als ungeschickt getadelt (s. dazu u. bei Anm. 46).

²⁴ Isager / Hansen, Aspects (o. Anm. 15) 143 Anm. 42; J.H. Lipsius, Das Attische Recht und Rechtsverfahren (Leipzig 1905-15) 657 Anm. 77.

²⁵ Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 37 Anm. 41.

²⁶ Thalheim, Prozeß (o. Anm. 15) 204-206.

²⁷ A.a.O. (o. Anm. 24); zu den Argumenten, in wie weit die Angaben Demons in der vorliegenden Rede 'glaubhaft' sind, s.u. nach Anm. 37.

²⁸ Im ersten Teil der Rede stellt Demon zwar auf sein Eigentum am Getreide ab (§ 20), doch sagt er später nebenbei, daß er von Protos den Ausfall verlangen könne, wenn der Wert des verpfändeten Getreides die Darlehenssumme nicht deckt (τὴν ἐκδειαν, § 30), eine für das Seedarlehen typische Bestimmung (vgl. die *syngraphe* in Dem. 35, 12: ἐάν τι ἐλλείπη ...), worauf bereits L. Gernet, Démosthène. Plaidoyers civils I (Paris 1954) 262 (zu S. 126, 29) hinweist; vgl. G. Thür, Hypotheken-Urkunde eines Seedarlehens für eine Reise nach Muziris, in: Tyche 2, 1987, 229-245, 243f. (s.a. o. Anm. 20 und u. Anm. 61).

²⁹ Vgl. die Urkunde in Dem. 35, 11.

³⁰ Nach der Urkundenklausel καὶ παρέξουσιν τοῖς δανείσασιν τὴν ὑποθήκην ἀνέπαφον κρατεῖν, ἕως ἂν ἀποδώσιν τὸ γινόμενον ἀργύριον ... in Dem. 35, 11 hat der gesicherte Darlehensgläubiger ein unmittelbares Zugriffsrecht an den verpfändeten, in Athen eingelangten Waren, s. Kränzlein, Eigentum (o. Anm. 5) 18f. Der Darlehensnehmer, Protos, kann das Getreide nicht wirksam veräußern, wenn er nicht spätestens mit Empfang des Kaufpreises Demon den Kredit zurückzahlt. Dieser Zustand ist auf der faktischen

Recht am Getreide zu, sein Sicherungsrecht erstarkt automatisch zum Eigentum³¹; erst dann darf er den alleinigen Besitz am Getreide ausüben. Zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung mit Zenothemis, knapp nach der Landung des Schiffes, kann man davon ausgehen, daß Protos und Demon noch als Mitbesitzer des Getreides verbunden waren. Um sein Zugriffsrecht aus der behaupteten *hypothek* durchzusetzen, mußte Zenothemis also beide 'besitzenden' Gegner hinausführen, sinnvollerweise zur gleichen Zeit³², nämlich sowohl Protos, der das Getreide als Käufer zu besitzen behauptete, als auch Demon, der als Darlehensgeber eine *hypothek* daran behauptete — beide bestritten (so viel geht jedenfalls aus den §§ 15f. hervor) die seinerseits von Zenothemis behauptete *hypothek* am Getreide.

Dem für die δίκη ἐξουλήs gegen Demon wesentlichen Akt des förmlichen 'Hinausführens' aus dem Speicher waren längere Diskussionen unter sämtlichen am Import des Getreides beteiligten Personen vorausgegangen (§§ 14-20). Offensichtlich war einerseits, wie üblich, versucht worden, den Streit außergerichtlich beizulegen³³, andererseits wurde darum gestritten, wer die Beklagtenrolle im Deliktsprozeß, der indirekt über die Berechtigung am Getreide entschied, auf sich nehmen mußte. Eindeutig steht fest, daß Demon den künftigen Kläger Zenothemis 'hinausgeführt' hat, sonst wäre es nämlich nicht zum vorliegenden Paragraphe-Verfahren gegen dessen 'Vertreibungsklage' gekommen. Hat auch Protos den eingedrungenen Zenothemis hinausgeführt und sich damit seinerseits einer (in Abwesenheit gegen ihn entschiedenen, §§ 25, 26, 29) Vertreibungsklage ausgesetzt? Demon behauptet — in seiner prozessualen Situation völlig konsequent —, daß Zenothemis „sich weigerte, sich hinausführen zu lassen, es sei denn von mir“ (so die Ankündigung des Beweisthemas, § 19³⁴) und daß Zenothemis nicht bereit gewesen sei, sich von Protos hinausführen lassen (Resümee der Zeugenbeweise, § 20³⁵),

Ebene am ehesten als 'Mitbesitz' zu umschreiben. Wenn Mitteis, Papyrusstudien (o. Anm. 15) 290 und Rabel, 1915 (o. Anm. 15) 369 [318] auf 'Eigenbesitz' und 'Besitzvertretung' abstellen, pressen sie die Darstellungen der Parteien in ein untaugliches Schema (s.a. u. Anm. 44).

³¹ In der Urkunde Dem. 35, 12 (zitiert o. Anm. 17) als „Recht zu verpfänden und zu verkaufen“ umschrieben.

³² Ginge er nur gegen einen vor, setzte er sich wohl Prozeßverzögerung und sonstigen Finten aus, indem der eine sich auf den anderen hinausredete.

³³ Versuche, den Streit gütlich beizulegen, gehörten in Athen zum Ritual der Prozeßführung, s. A. Scafuro, *The Forensic Stage* (Cambridge 1997) 121-123, 393-396.

³⁴ Dem. 32, 19: καὶ οὐτ' ἂν ἐξαχθῆναι ἔφη, εἰ μὴ ὑπ' ἐμοῦ, ... bereits in § 17 vorgebracht: 'Ἐξῆγεν (*imp. de conatu*) αὐτὸν ὁ Πρῶτος καὶ ... Φέρτατος· οὗτοσι δ' οὐκ ἐξήγετο, οὐδ' ἂν ἔφη διαρρήδεν ὑπ' οὐδενὸς ἐξαχθῆναι, εἰ μὴ αὐτὸν ἐγὼ ἐξάξω.

³⁵ Dem. 32, 20: 'Ἐπειδὴ τοίνυν οὐτ' ἐξάγεσθαι ἤθελεν ὑπὸ τοῦ Πρώτου ...

schließlich habe jener (von Zenothemis gewonnene) Prozeß gegen Protos mit dem jetzigen absolut nichts zu tun (§ 28³⁶).

Thalheim³⁷ beurteilt die ausdrücklichen und bezeugten Behauptungen Demons in den §§ 17, 19 und 20 schlicht als Lügen, während Lipsius hier Demon vollen Glauben schenkt, da Protos zu jener Zeit noch auf dessen Seite gestanden sei und ihn erst später verraten habe (§ 26)³⁸. In dieser akademischen Kontroverse wurde — und wird — übersehen, daß Lügen vor athenischen Gerichtshöfen aus kleinen Splittern von Wahrheit zusammengesetzt sind. In der Regel stimmen die behaupteten Tatsachen im Detail, der Logograph fügt sie lediglich zu einem falschen, für seinen Klienten günstigen Gesamtbild zusammen³⁹. So fand der Umstand keine Beachtung, daß von Anfang an zwei Personen als mögliche Beklagte der Vertreibungsklage im Spiel waren, nämlich Protos und der sonst nie mehr erwähnte Phertatos (§ 17). Wenn Zenothemis sich also „ausdrücklich weigerte, von jemand anderem als von mir (Demon) hinausgeführt zu werden“ (§ 17), konnte die Diskussion sehr wohl darum gegangen sein, wer Zenothemis neben Protos, der das Getreide gekauft hatte, als durch *hypothek* gesicherter Darlehensgeber hinauszuführen hatte und somit als weiterer Beklagter einer Vertreibungsklage in Frage kam. Zenothemis war der vermögende Athener Demon gewiß willkommen; verständlich ist auch, daß Demon das Risiko einer hohen Deliktsbuße vermeiden wollte.

Das Mittel, solche Auseinandersetzungen bereits vor einem Prozeß zu führen und im Prozeß vor den Geschworenen hieraus zu argumentieren, waren förmliche, vor Zeugen ergangene Aufforderungen an den Gegner, *προκλήσεις*⁴⁰. In völliger Übereinstimmung hatten Protos und Demon, die beiden Mitbesitzer des Getreides, Zenothemis zunächst mit Proklesis aufgefordert, gemeinsam nach Syrakus zu reisen und Beweis darüber zu erheben, daß Protos das Getreide dort tatsächlich gekauft hatte; sollte sich dies bestätigen, solle Zenothemis als „Schuft“ dastehen (und damit seinen Standpunkt ohne Prozeß aufgeben; § 18). Da, wie noch zu zeigen ist, Zenothemis den Kauf des Getreides durch Protos ohnedies nicht bestritt, konnte er diese Proklesis nur ablehnen. Für sich allein bestand Protos

³⁶ Dem. 32, 28: τῇ δ' ἐμῇ δίκη μὴδὲν ἐκείνης πρόσσχε.

³⁷ Prozeß (o. Anm. 15) 206.

³⁸ S.o. Anm. 24 und 27. Mit guten Gründen kann man jedoch auch Protos' Seitenwechsel in Zweifel ziehen, s.u. Anm. 58.

³⁹ S. Thür, Beweisführung (o. Anm. 23) 256.

⁴⁰ Zur Prozeßtaktik s. Thür, Beweisführung (o. Anm. 23) 27-40, zu Dem. 32, 18 dort S. 30 Anm. 21.

darauf⁴¹, Zenothemis nur unter der Bedingung hinauszuführen, daß dieser mit ihm nach Syrakus segle (§ 19)⁴². Auch das konnte Zenothemis nur ablehnen. Die von Zenothemis vermutlich auf Phertatos gemünzten Worte (er lasse sich „nur“ von Demon hinausführen) und der Wortlaut der beiden Prokleses — oder zumindest der des Protos — samt Zenothemis' Ablehnung wurden den Geschworenen im Anschluß an § 19 — gewiß wahrheitsgemäß — bezeugt. Nicht glaubhaft ist jedoch der hieraus gezogene Schluß, Zenothemis habe sich geweigert, sich von Protos hinausführen zu lassen und Demon habe das Getreide schon damals von Protos „übernommen“ (§ 20)⁴³. Diese Worte sollen lediglich das gefährliche Präjudiz ausräumen, daß bereits Protos in einer entsprechenden Vertreibungsklage verurteilt worden war. Es wäre geradezu widersinnig, wenn Zenothemis zwar Demon, den Kreditgeber und Hypothekar, nicht aber Protos, den Käufer und Eigentümer, hinausgeführt hätte. War Zenothemis in den Speicher formal eingedrungen, hatte er es in der Hand, sich seine Gegner im Vertreibungsprozeß auszusuchen. Solange er im Speicher anwesend war, war er formal 'Besitzer' des Getreides (§ 17); dem ebenso formalen Akt des ἐξάγειν, der diesen 'Besitz' wieder beendete und ihn zur δίκη ἐξουλήs berechnete, mußte er zustimmen⁴⁴. War das Getreide im Mitbesitz zweier Personen, ließ er sich gewiß nur von beiden gemeinsam hinausführen. Damit ersparte er sich prozessuale Umwege und konnte die

⁴¹ Im ersten Satz des § 19 wird in untechnischen Worten eine Proklesis Protos' wiedergegeben: διαμαρτυρεῖσθαι kann hier nicht die prozessuale Diamartyrie bedeuten, sondern nur „vor Zeugen verkünden“, nämlich die Bereitschaft, Zenothemis „hinausführen“, allerdings unter der Bedingung (ebenfalls mit „zusichern“, βαβαιῶν, schief wiedergegeben), daß Zenothemis die Reise nach Syrakus unternehme, s. Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 39.

⁴² Auch ein Vorschlag zur außergerichtlichen Streitbeendigung fehlt in Protos' Proklesis nicht: οὐδὲν αὐτῷ μέλειν. Wenn Zenothemis die Proklesis ablehnte, Protos unter diesen Bedingungen „hinauszuführen“, heißt das nicht, daß er ihn nicht ohne diese Bedingungen, von sich aus, hinausgeführt hat.

⁴³ Da das Getreide in einem Speicher lagerte, war kaum festzustellen, ob Protos oder Demon (oder beide gemeinsam) 'Besitzer' des Getreides waren. Die Überlegungen von Isager / Hansen, Aspects (o. Anm. 15) 146f. scheinen deshalb müßig. Nicht bereits als Demon Zenothemis „hinausführte“, sondern erst als Protos, vermutlich ohne sein Darlehen fristgerecht zurückgezahlt zu haben, aus Athen verschwand, hat Demon das Getreide „übernommen“.

⁴⁴ Entgegen Isager / Hansen, Aspects (o. Anm. 15) 146f. war Zenothemis nie real im Besitz des Getreides — der Sprecher, Demon, hätte ihm in diesem Fall „Gewalt“ vorgeworfen. Als 'Protest', nicht als Übernahme der Besitzerrolle sieht Rabel, 1915 (o. Anm. 15) 369 [318] das ἐξάγειν; s.a. Harrison, Law I (o. Anm. 8) 219 Anm. 3.

doppelte Geldbuße lukrieren⁴⁵. Entgegen den Worten des Sprechers (§ 20) kann man also davon ausgehen, daß sowohl Protos als auch Demon Zenothemis 'hinausgeführt' hatten und von ihm mit δίκη ἐξουλήs verfolgt wurden. Um nicht allzusehr von der Wahrheit abzuweichen, flicht Demon im nächsten Satz sogar ein, daß niemand ahnen konnte, daß die Geschworenen jemals — in welchem Prozeß, wird natürlich verschwiegen — das Eigentum an dem nach Athen eingeführten Getreide dem Ausländer Zenothemis zusprechen würden (§ 21)⁴⁶. Damit hat der Logograph seine Aufgabe voll erfüllt, alle vom Gegner zu erwartenden widrigen Tatsachenbehauptungen über den gegen Protos gewonnenen Prozeß bereits vorweg in ein eigenes, für seinen Klienten günstiges Bezugssystem einzufügen. Der Prozeßgegner kann in seiner Antwortrede die plausibel konstruierten, falschen Zusammenhänge nicht mehr in seinem Sinn entwirren⁴⁷. So hatte Demon das Präjudiz des in der gleichen Klage bereits gegen Protos ergangenen Urteils entkräftet.

Ähnlich verfährt der Logograph Demosthenes in der für den Vertreibungsprozeß rechtlich allein relevanten Frage (b), ob Zenothemis eine *hypothek* an dem von Protos eingeführten Getreide zustehe. Daß der auf der Reise umgekommene Schiffseigentümer Hegestratos das Getreide seinem Landsmann Zenothemis verpfändet hatte, ist in einer Syngraphe verbrieft, die auch Demon nicht ernsthaft in Zweifel zieht (§§ 16, 19)⁴⁸. Er bestreitet allerdings die Wirksamkeit der Verpfändung, da das Getreide — mit einer *hypothek* zu seinen Gunsten belastet — dem Käufer Protos gehöre, nicht aber Hegestratos gehört habe (§§ 14-16, 20). Der Umstand, daß die Syngraphe, die Zenothemis nun vorlegt, auf hoher See abgeschlossen worden war (§§ 16, 19), hat Demosthenes vermutlich dazu inspiriert, eine Betrugsgeschichte von höchstem literarischen Niveau zu erdichten: Hegestratos und Zenothemis hätten in Syrakus Seedarlehen auf das von Protos gekaufte und bereits in das Schiff verladene Getreide aufgenommen, jedoch selbst keine Waren gekauft, sondern das Geld direkt nach Massalia verschoben; auf der Fahrt nach Athen habe Hegestratos

⁴⁵ Daß bei Delikten jeder der einzeln verklagten Täter kumulativ die gesamte Buße schuldete, hat H.J. Wolff, Verjährung von Ansprüchen nach attischem Recht, in: Eranion Maridakis I (Athen 1963) 96 Anm. 22 für Dem. 38, 2 festgestellt.

⁴⁶ S.o. Anm. 23. Auch Gernet, Démosthène (o. Anm. 28) 262 (zu S. 124, 15) bezieht § 21 nicht auf den gegenwärtigen, sondern auf den bereits abgeschlossenen Prozeß gegen Protos, der freilich in § 27 ganz anders geschildert wird.

⁴⁷ Es dürfen für den zweiten Sprecher keine wesentlichen neuen Tatsachen übrigbleiben, s. Thür, Beweisführung (o. Anm. 23) 256.

⁴⁸ So Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 41 gegen Mitteis, Papyrusstudien (o. Anm. 15) 291.

versucht, sein Schiff in Grund zu bohren, um sich auf diese Weise der Pflicht zu entledigen, die Darlehen zurückzuzahlen. Protos sei es jedoch gelungen, das beschädigte Schiff samt dem Getreide nach Kephallenia zu dirigieren, von wo es zur Weiterfahrt nach Athen beordert worden sei (§§ 4-9).

Unbestritten an der ganzen Geschichte ist lediglich die Reparatur des Schiffes in Kephallenia (§ 8), und die Weiterbeorderung nach Athen. Für die Betrugsaffäre, die zwar allgemein geglaubt wird, gibt es keinen Beweis⁴⁹. Isager / Hansen⁵⁰ weisen auf ein bisher übersehenes Detail hin: In sicherer Entfernung von der Haupterzählung in den §§ 4-9 erfahren die Hörer in § 27 nebenbei und indirekt durch ein Zitat aus Zenothemis' Klageschrift gegen Protos, daß das Schiff einen gefährlichen Sturm durchgemacht hat. Dadurch erhalten auch die zwischen Hegastratos und Zenothemis auf See (§§ 16, 19) abgeschlossene *syngraphe* (§§ 12, 14, 16, 19) und die in § 11 nur angedeuteten Ereignisse auf Kephallenia ein völlig neues Gesicht. Neben der gewiß erörterungswürdigen Frage, ob das Schiff nach der Reparatur (das Getreide war hiezu vermutlich ausgeladen worden) nach Athen weiterfahren müsse, ging die Auseinandersetzung wohl auch darum, wie die durch den Sturm erlittenen Verluste unter die an der Seefahrt Beteiligten aufzuteilen waren⁵¹. Das verschweigt Demon; nur wegen der Weiterfahrt nach Athen habe er als Kreditgeber seinen Vertrauensmann Aristophon nach Kephallenia gesandt (§ 11). Unter

⁴⁹ Bezeichnenderweise werden die Themen der nach § 13 verlesenen Zeugenaussagen weder vorher angekündigt noch nachher detailliert resümiert. Demon wird seine auf Spannung angelegte Erzählung nur kurz unterbrochen haben. Vermutlich fand er deshalb mit einem Zeugnis über die Weiterbeorderung des Schiffes nach Athen entgegen Zenothemis' Betreiben (§§ 8/9, ansatzweise resümiert in § 14) und über den öfter wiederkehrenden Vorwurf, Zenothemis habe auf der Fahrt geraten, das beschädigte Schiff aufzugeben (§§ 7, 21/22) das Auslangen. All diese Tatsachen bestreitet, wie sogleich zu zeigen ist, auch Zenothemis nicht.

⁵⁰ Aspects (o. Anm. 15) 141f.

⁵¹ Auch das haben Isager / Hansen, Aspects (o. Anm. 15) 142 Anm. 25 klar erkannt, jedoch für die weitere Interpretation nicht berücksichtigt. Nach Diphilos, Zographos Fr. 42 (K.-A. vol. V, 1986) 10-17 konnte der Naukleros Sturmschäden an Mast und Ruder sowie die Verluste wegen Seewurfs nach Rettung des Schiffes unter die „Mitreisenden“ (συμπλέοντες, v. 16) aufteilen. Nach der Seedarlehensurkunde in Dem. 35, 11 ist der Seewurf (ἐκβολή) von den σύνπλοι gemeinsam zu beschließen; den Betrag, den ein mitreisender Kaufmann im Rahmen der Aufteilung des Verlustes zahlen muß, kann er bei Rückzahlung des Seedarlehens seinem Kreditgeber in Rechnung stellen. Näheres dazu (in Auseinandersetzung mit den späteren Quellen, D 14, 2; Νόμος Ῥοδίων Ναυτικός III 9. 38) s. Isager / Hansen, a.a.O. 80f.; W. Ashburner, Nomos Rhodion Nautikos (Oxford 1909 [Aalen 1976]) CCLI-CCLXXXV, zu den Quellen aus Athen CCLXVII sq.; vgl. a. D.G. Letsios, Nomos Rhodion Nautikos (Rhodos 1996) 165-182.

diesem Aspekt erhält der Vorwurf, Hegestratos und Zenothemis hätten in Syrakus gar keine Waren eingeladen (§§ 5, 12; folglich sei auch nichts über Bord geworfen worden und nun zu ersetzen) und die nunmehrige Diskreditierung Aristophons als Mitglied der „Piräus-Maffia“ (§ 10) ihren guten Sinn: Demon will, da das Getreide nun in Athen eingelangt war, einen von Aristophon in Kephallenia ausgehandelten Vergleich nicht gegen sich gelten lassen.

Unter dem Aspekt der Seenot erhält auch die *syngraphe*, in welcher Hegestratos das von Protos gekaufte Getreide an Zenothemis verpfändete, ihren guten Sinn. Das Schiff war durch den Sturm (nicht durch ein vom Naukleros Hegestratos selbst geschlagenes Leck) so schwer beschädigt worden, daß unter der Besatzung und den mitreisenden Händlern diskutiert wurde, es aufzugeben (verzerrt wiedergegeben in den §§ 7, 21/22); nur durch besondere Anstrengungen und Prämien an die Besatzung erreichte es Kephallenia (§ 8). Auch Hegestratos wird sich Gedanken darüber gemacht haben, wie er — die Rettung seines Schiffes vorausgesetzt — die Reparaturkosten bestreiten werde. Hierfür könnte ihm sein mitreisender Landsmann Zenothemis ein Darlehen gewährt, eher jedoch für den Fall der Ankunft in Kephallenia zugesagt haben. Zur Sicherung dieses — lediglich aus der gesamten Situation zu erschließenden — 'Reparaturdarlehens' könnte der Naukleros Hegestratos seinen durch Seewurf entstandenen Ausgleichsanspruch gegen Protos, gesichert durch das gerettete Getreide, an Zenothemis verpfändet haben. Unter dieser Annahme lösen sich zwei Schwierigkeiten auf: 1) Daß die *syngraphe* erst während der Seefahrt und nicht schon an Land errichtet wurde (§ 16), ist somit völlig unverdächtig. Hegestratos stand vor der Entscheidung, das schwer beschädigte Schiff entweder aufzugeben oder zu retten. Das Reparaturdarlehen mag ihn zum zweiten bewogen haben. 2) Die *hypothekē* konnte unter diesen Umständen sehr wohl an dem von Protos gekauften Getreide bestellt worden sein. Sie geht sogar dem Anspruch des Kreditgebers, Demon, vor⁵². Demon hatte

⁵² Aus den spärlichen, o. Anm. 51 zitierten attischen Quellen zum Seewurf geht nicht hervor, ob der Naukleros wegen der Ausgleichsansprüche der geschädigten Kaufleute ein Pfandrecht an den geretteten Waren hatte. Weder der Komödiendichter Diphilos noch die Seedarlehensurkunde (Dem. 35, 10-13) mußten darauf eingehen; eine derartige Bestimmung gehörte in den Seefrachtvertrag. Wenn allerdings gemäß dem Seedarlehensvertrag (§ 11) der Schuldner die Ausgleichszahlung wegen Seewurfs (ebenso wie ein Lösegeld an Piraten) von seiner Darlehensschuld abziehen darf, liegt die Vermutung nahe, daß der Naukleros (gemäß dem Frachtvertrag) für diese Ausgleichsansprüche — vorrangig vor Kreditgebern — auch dinglich gesichert ist. Durch Verringerung der gesicherten Darlehensforderung ist auf dem Sicherungsobjekt Platz für die Ausgleichsforderung frei geworden. In Rom wurde das selbe Problem bereits in einem *responsum* des Juristen Servius, eines

folglich größtes Interesse daran, die Seenot und den Seewurf samt dem auf Kephallenia ausgehandelten Ausgleich zu verschweigen. Statt dessen erdichtete Demosthenes eine abenteuerliche Betrugsgeschichte und scheute sich nicht, den von Demon gesandten Unterhändler Aristophon nachträglich zu beschmutzen.

Mit Emotionen und Halbwahrheiten kämpft also Demon, wie bisher wahrscheinlich gemacht, dagegen an, daß Zenothemis einerseits bereits mit einer entsprechenden Vertreibungsklage gegen Protos gesiegt und andererseits eine wirksame *hypothek* an dem von Protos importierten Getreide hatte. Als dritte Frage (c) ist zu klären, welche Bedeutung Hegestratos' Tod im vorliegenden Prozeß spielte. 'Versicherungsbetrug' durch absichtliches, brutales Versenken eines Schiffes ist zwar, wie der jüngst passierte 'Fall Lucona' zeigt⁵³, nicht auszuschließen, doch stimmt es bedenklich, daß dies der Kapitän allein bei glatter Seefahrt unternommen haben sollte (§§ 5f.). Fakten sind: ein Sturm (§ 27), Auseinandersetzungen darüber, ob das beschädigte Schiff aufzugeben oder Kephallenia anzulaufen sei (§§ 7f.), und der Tod des Schiffseigentümers und Steuermannes⁵⁴ Hegestratos im Meer (§§ 2, 4, 6, 15). Wie und wann dieser umgekommen ist, bleibt ungewiß. Suggestiv steigert der Logograph seinen Bericht über Hegestratos' Tod bis zu der (einem Dritten in den Mund gelegten) Behauptung, dieser habe sich für seine Betrügereien „selbst zum Tode verurteilt“ (§ 15). Wie wichtig dieses für den vorliegenden Streit um das Getreide rechtlich völlig unerhebliche Thema emotionell ist, geht daraus hervor, daß es vom Beginn des Plädoyers (§ 2) bis fast zu dessen Mitte immer wieder aufgegriffen wird. Scheinbar ohne Zusammenhang damit werden gegen Schluß der Rede die von Zenothemis in der Klageschrift⁵⁵ gegen Protos erhobenen Vorwürfe zitiert, darunter auch Trunkenheitsexzesse während des Sturmes, wofür Protos nicht nur seine

Zeitgenossen Ciceros, dadurch gelöst, daß dem *magister navis* ein Zurückbehaltungsrecht an den geretteten Waren eingeräumt wurde, bis deren Eigentümer ihre Beiträge leisteten (Paulus, 34 ed. D 14, 2, 2 pr.; s. dazu Letsios, Nomos, o. Anm. 51, 169f.). In unserem (hypothetisch rekonstruierten) Fall hatte also der Naukleros Hegestratos eine *hypothek* am Getreide des Protos, das heil geblieben war. Diese *hypothek* gab er vor seinem Tode an Zenothemis weiter. Dieser wiederum wollte sie nach der Ankunft gegen Protos (und Demon) realisieren.

⁵³ H. Pretterebner, Der Fall Lucona. Ost-Spionage, Korruption und Mord im Dunstkreis der Regierungsspitze. Ein Sittenbild der Zweiten Republik (Wien 1987).

⁵⁴ Das schießen Isager / Hansen, Aspects (o. Anm. 15) 143 Anm. 36 aus § 7.

⁵⁵ Man wundert sich, was „Trunkenheit, Urkundendiebstahl, Erbrechen des Siegels“ (§ 27) mit der Vertreibungsklage zu tun haben; doch auch in Dem. 37, 21-33 enthält das ausführlich zitierte ἔγκλημα eine Liste von Vorwürfen, welche die „Schädigung“ nicht betrafen.

Verurteilung zugunsten von Zenothemis, sondern sogar den Tod verdient hätte (§ 27; was aber den vorliegenden Prozeß gegen Demon nicht berühre, § 28). Man geht sicher nicht zu weit, hierin den gefährlichsten emotionellen, außerhalb der Sache liegenden Vorwurf gegen Protos zu sehen: Dieser habe im Rausch Hegestratos über Bord gestoßen (vielleicht hätte Zenothemis dies argumentativ mit dem Bericht über die Auseinandersetzung um Aufgabe des Schiffes oder Weiterfahrt zu verbinden gesucht). Zu erwarten wäre dann etwa die Schlußfolgerung gewesen, wenn Protos in seiner Habgier sich nicht scheute, den Naukleros in den Tod „hinauszutreiben“, dürfte er auch Zenothemis ungerechtfertigt aus den Speicher „hinausgeführt“ haben. Da Protos sich dem Prozeß aber nicht stellte, blieben diese Argumente ungenutzt. Das Argument, Zenothemis aus Habgier ungerechtfertigt hinausgeführt zu haben, träfe aber auch Demon, den Geschäftspartner des „verbrecherischen“ Protos, mit voller Wucht. Vor den Geschworenen ließ sich, unterstützt von Zeugnissen über Halbwahrheiten, um Hegestratos' Tod jedenfalls in beide Richtungen trefflich argumentieren. Nicht auszuschließen ist freilich der ganz banale Ablauf, Hegestratos habe nach dem an Bord gefaßten Beschluß, mit dem von Sturm bereits havarierten Schiff gleichwohl Kephallenia anzulaufen, wegen des erhöhten Risikos seinen Tod im Meer durch einen Unfall gefunden. In einer rechtshistorischen Untersuchung soll nicht nach der (hier ohnehin nicht zu ermittelnden) historischen Wahrheit geforscht werden; aus den in der Rede ablesbaren Indizien kann man allenfalls die Bandbreite der konträren Argumente auszuloten versuchen.

Faßt man die in mehreren Schritten erschlossene Situation Protos' im Vorprozeß nun zusammen, ergibt sich dessen hoffnungslose Lage: Mit δίκη ἔξουλης von Zenothemis verklagt, kann er gegen dessen Zugriffsrecht auf das in Athen eingelangte Getreide, das Hegestratos als Sicherung für den Ausgleich für die in Seenot über Bord geworfenen Waren haftete und von diesem für ein Reparaturdarlehen an Zenothemis weiterverpfändet war, nichts vorbringen. Zusätzlich wird Protos noch Hegestratos' Tod angelastet. Protos hätte also — wie in Kephallenia unter Aristophons Vermittlung vereinbart — aus dem Erlös des Getreides seinen Anteil an dem Schaden ersetzen müssen, der allen übrigen am Seetransport Beteiligten durch den Seewurf entstanden war. Diesen Anteil hätte Protos, legt man die entsprechende Klausel der Seedarlehensurkunde in der Lakritos-Rede zugrunde⁵⁶, freilich auf seinen Kreditgeber Demon überwälzen können.

Nun wird Demons Taktik in der Auseinandersetzung um das Getreide klar. Er wollte sein Darlehen ohne diesen Abzug zurückerhalten. Hiefür

⁵⁶ Dem. 35, 11: ἀποδώσουσιν ..., ἐντελὲς πλὴν ἐκβολῆς ..., s.o. Anm. 52.

gab es nur einen Weg: Protos mußte aus Athen verschwinden. Im Interesse Demons nahm Protos seine Verurteilung in Abwesenheit in Kauf⁵⁷. Protos war also nicht verschwunden, um Demon zu schädigen (§ 25), und auch nicht in das Lager der Gegner übergelaufen (§§ 26f., 30), sondern stand nach wie vor auf dessen Seite⁵⁸. Allein das Sinken des Getreidepreises in Athen (§ 25) hätte ihn wohl kaum dazu veranlaßt, das Getreide aufzugeben und sich in Abwesenheit verurteilen zu lassen. Die Deliktsbuße für das Hinausführen wog bestimmt schwerer, jedenfalls die an den Staat fallende, der Disposition des Klägers entzogene Hälfte⁵⁹. Ein Säumnisurteil konnte Demon hingegen durch den — unbewiesenen — Kollusionsvorwurf gegen den Kläger Zenothemis kehren. Das Spiel war also von Anfang an abgekartet.

Hinzu kommt ein weiteres Kalkül der durch gemeinsame Interessen verbundenen Getreideimporteure, des Ausländers Protos und seines athenischen Kreditgebers Demon. Protos hatte keine Chance, gegen die von Zenothemis als δίκη ἐμπορική erhobene Vertreibungsklage zu protestieren. Er selbst war ausländischer Emporos, ebenso der Kläger Zenothemis, dem wiederum der ausländische Naukleros Hegestratos in einer *syngraphe* seine *hypotheke* an dem für Athen bestimmten Getreide des Protos übertragen hatte. Der Nomos über die Seehandelsklagen traf auf

⁵⁷ Entweder war im Zeitpunkt der Paragraphe-Rede die Frist von zwei Monaten (Poll. 8, 61) für eine Wiederaufnahme für Protos noch nicht verstrichen (s. A.R.W. Harrison, *The Law of Athens II. Procedure*, Oxford 1971, 197f.), oder Protos war bereit gewesen, als Kaufmann alle Beziehungen zu Athen abzuberechnen. Wenn Demon aus dem Umstand, daß Protos gegen das Säumnisurteil nicht vorgegangen ist, auf dessen Kollusion mit Zenothemis schließt (§ 27), ist zu bedenken, daß möglicherweise die Frist hierfür noch offen ist; vielleicht gelten für die Wiederaufnahme von δίκαι ἐμπορικά sogar längere Fristen.

⁵⁸ Besonders in der rechtshistorischen Literatur werden Zweifel am Überlaufen Protos' zu Demons Gegnern geäußert, s. Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 37 Anm. 38 mit Verweisen auf Mitteis, Rabel und Pringsheim. Da nach der hier vorgelegten Interpretation ein Zeugnis Protos' über den Ankauf des Getreides in Syrakus ohnedies unerheblich ist (s.u. bei Anm. 72), geht auch Demons Vorwurf, die Gegner hätten ihm seinen Zeugen entzogen (§ 29), ins Leere; ebenso ist die Ankündigung einer δίκη λιπομαρτυρίας (κλητεύσω, § 30; s. Wolff, a.a.O. 46f.) eine Finte, welche den Geschworenen Demons (angebliche) Distanzierung von Protos suggerieren soll. Auch die Argumente, Zenothemis hätte von Protos Bürgen verlangen oder ihn in Haft nehmen sollen (§ 29) sind unehrlich: Nach Ausladen des Getreides (in der Sommersaison) hatte Protos Gelegenheit, Athen ungehindert zu verlassen. Nur in der für δίκαι ἐμπορικά vorgesehenen Wintersaison greifen die genannten Zwangsmittel, s. E.E. Cohen, *Ancient Athenian Maritime Courts* (Princeton 1973) 81-83.

⁵⁹ S.o. Anm. 9.

diesen Fall zu⁶⁰. Doch Demon konnte als athenischer Bürger den Versuch wagen, die Sache durch eine Paragrafhe der Zuständigkeit der für Ausländer eingerichteten 'Seehandelsgerichtsbarkeit' zu entziehen. Er selbst war, wie er betont (§ 2), durch keine *syngraphe* (direkt) mit Zenothemis verbunden (seine *syngraphe* mit Protos verschleierte er) und gebärdet sich als schlichter, zum Wohle seiner Mitbürger handelnder Importeur von Getreide, der sich lediglich Protos' bedient habe, um die Ware in Syrakus einzukaufen (§§ 2, 4, 9, 12, 14, 15, 20)⁶¹. Diese oberflächliche Begründung der Paragrafhe — über die (verschwiegene) *syngraphe* zwischen Demon und Protos und die (als Fälschung verdächtige) zwischen Hegestratos und Zenothemis, beide dasselbe Getreide betreffend, ließe sich die Zulässigkeit der δίκη ἐμπορική jedoch auch im Streit um das 'Hinausführen' durch Demon leicht rechtfertigen⁶² — wird überhöht durch maßlose Diskreditierung der Gegner, Zenothemis' und des tragisch ums Leben gekommenen Hegestratos (§§ 4-13), des eigenen Vertrauensmannes Aristophon (§§ 11, 24) und — verabredungsgemäß — selbst des Geschäftspartners Protos (§§ 24-30). Die Emotionen werden noch gesteigert durch den Appell, welch hohe Verdienste im Gegensatz zum Ausländer Zenothemis sich Demon um den Getreideimport nach Athen erworben habe (§§ 21-23, nur durch das Spiel mit dem Wort εἰσαγώγιμος lose mit der Paragrafhe verbunden⁶³). Der emotionelle Höhepunkt des gesamten Plädoyers ist gar nicht erhalten, jedoch in den

⁶⁰ Die Quellen, Dem. 38, 1; 34, 42, lassen allerdings offen, ob die *syngraphe* unmittelbar zwischen den Prozeßparteien abgeschlossen sein mußte, s. dazu u. Anm. 62.

⁶¹ Aus diesem Grund führen sämtliche Überlegungen, ein 'Innenverhältnis' zwischen Demon und Protos aus 'indirekter Stellvertretung' zu konstruieren (s.o. Anm. 20), am Ziel vorbei. Zu den Indizien für die *syngraphe* eines Seedarlehens s.o. Anm. 28. Demon mußte allerdings damit rechnen, daß er seine Paragrafhe-Rede vor einem sachkundigen Geschworenengericht hielt (s. die Anspielungen auf im Piräus bekannte Personen in § 11, vgl. a. Dem. 35, 43. 46), weshalb es in der Sache wohl nur darauf ankam, daß Zenothemis keine von Demon stammende *syngraphe* vorlegen — oder durch Protos beweisen — konnte. Bereits Cohen, Courts (o. Anm. 58) 93-95 hat spezielle Geschworene für Seehandelsklagen vermutet. Aus dem Fund einer Serie von zehn Bronzestimmsteinen in Zea, in Hafennähe (s. A.L. Boegehold, Ten Distinctive Ballots: The Law Court in Zea, in: Calif. Stud. in Class. Ant. 9, 1974, 7-19), geht hervor, daß dort Prozesse stattfanden, vermutlich in Handelssachen. An diesem Tagungsort werden sich vor allem am Seehandel interessierte, dort wohnhafte Bürger zur Auslosung gemeldet haben.

⁶² Wolff, Paragrafhe (o. Anm. 15) 44f. sieht die Zulässigkeit der δίκη ἐμπορική über die deliktische Haftungsbeziehung (συμβόλαιον, §§ 1 und 2) gegeben, Isager / Hansen, Aspects (o. Anm. 15) 87 schließen Delikt aus (auf S. 149f. übersehen sie allerdings den deliktischen Charakter der δίκη ἐξουλής), Cohen, Courts (o. Anm. 58) 114, 131 geht ausschließlich von der Urkunde, συγγραφή, aus.

⁶³ Von „sophistischem Spiel“ spricht Wolff, Paragrafhe (o. Anm. 15) 45.

letzten Sätzen Demons bereits angedeutet: Demosthenes, der hiemit als Synegoros angekündigt wird, spreche seit langem nicht mehr in Privatsachen, sondern nur noch in politischen (§ 32). Zu erwarten ist also ein Epilog, wie wichtig die von den Geschworenen zu fällende Entscheidung über Demons Paragraphe für die gesamte Getreideversorgung Athens sei⁶⁴.

Ein derartiges, aus der erhaltenen Rede Demons freilich nur hypothetisch zu erschließendes, moralisch hier nicht zu bewertendes⁶⁵, als intellektuelle Leistung jedoch bewundernswertes Gesamtkonzept basiert auf einer einfachen prozessualen Vorschrift: Im Paragraphe-Prozeß hat der im Hauptverfahren Beklagte als 'Kläger' gegen die Zulässigkeit der Hauptklage das erste Wort⁶⁶. Dieser Umstand ermöglichte es dem Logographen, alle wesentlichen Fakten in einem für seinen Klienten insgesamt günstigen, in sich voll plausiblen Zusammenhang zu präsentieren. Sind die Geschworenen einmal in diesem Netz von Denkschemata gefangen, kann es der Prozeßgegner in seiner Antwortrede kaum mehr aufknüpfen, sondern allenfalls mit einem groben Hieb durchhauen. Ob dies Zenothemis im vorliegenden Fall gelungen ist, wissen wir nicht. Wenn ja, hatte er wohl beste Chancen, für seine getrennt zu verhandelnde Seehandelsklage gegen Demon wegen Vertreibung⁶⁷, in der wiederum er das erste Wort hatte. Auch Protos müßte nach einer Verurteilung Demons Athen weiter meiden oder die Geldbuße samt dem an den Staat fallenden Betrag bezahlen. Entscheidet das Gericht aber im Sinne von Demons Paragraphe, die Vertreibungsklage sei nicht als Seehandelsklage „einführbar“, genießt Zenothemis als Massaliote in Athen keinen Rechtsschutz⁶⁸, lediglich als Metöke könnte er die Vertreibungsklage noch beim Polemarchos einbringen⁶⁹, nach einer abweisenden Paragraphe-Entscheidung aber wohl nur noch mit minimalen Chancen. In diesem Fall dürfte Zenothemis auch sein Etappensieg in Gestalt des gegen Protos

⁶⁴ In diesem Sinne Rubinstein, *Litigation* (o. Anm. 18) 128 Anm. 20.

⁶⁵ Die Entrüstung von Thalheim, *Prozeß* (o. Anm. 15) 208f. über Demon und die von Mitteis, *Papyrusstudien* (o. Anm. 15) 288f. über die Gegner trübt den Wert der Exegesen.

⁶⁶ S. die o. Anm. 22 zitierten Quellen. Daß auf diese Weise die Chancen des Beklagten (des Hauptverfahrens) verbessert werden, hat bereits H.H. Hudtwalcker, *Über die öffentlichen und Privat-Schiedsrichter — Diäteten — in Athen* (Jena 1812) 154 Anm. 93 erkannt, s. Wolff, *Paragraphe* (o. Anm. 15) 11 Anm. 17. Als Beispiel für einen Kampf 'um das erste Wort' ist auf Dem. 47 zu verweisen, s. Thür, *Beweisführung* (o. Anm. 23) 252-254. Anderer Ansicht Cohen, *Courts* (o. Anm. 58) 140 Anm. 90.

⁶⁷ Zu den Folgen einer abgewiesenen Paragraphe s. Wolff, *Paragraphe* (o. Anm. 15) 81-86.

⁶⁸ S. Wolff, *Paragraphe* (o. Anm. 15) 43 Anm. 54; Cohen, *Courts* (o. Anm. 58) 157.

⁶⁹ Details s. Harrison, *Law II* (o. Anm. 57) 10.

ergangenen Säumnisurteils nichts nützen. Protos wird nach Athen zurückkehren und die Wiederaufnahme des Verfahrens betreiben⁷⁰. In der Verhandlung vor den Geschworenen dürfte ihm der — für seinen Prozeß rechtlich unerhebliche — Sieg Demons im Paragraphe-Verfahren wesentlich den Rücken stärken. Ein derartiges, freilich nur mit 'kreativer Phantasie' aus den Angaben der allein vorliegenden Paragraphe-Rede zu erschließendes taktisches Gesamtkonzept könnte dem Rechtsstreit zwischen Zenothemis, dem Financier der Reparatur von Hegestratos' Schiff, einerseits und dem Getreideimporteur Protos und dessen Financier Demon andererseits zugrunde gelegen sein⁷¹ — auch wenn die Details niemals restlos zu klären sein werden. Unwahrscheinlich ist jedenfalls, daß Demon seine Paragraphe aus „Beweisnot“⁷² wegen Protos' Verschwinden (§ 29) eingelegt hatte. Nach all den oben angestellten Überlegungen stand die Tatsache, daß Protos das Getreide in Sizilien gekauft und als Eigentümer nach Athen eingeführt hatte, für Zenothemis außer Streit.

Für die hier allein interessierende Frage der 'Sachverfolgung' belegt die soeben interpretierte Rede den Befund, daß das formelle Eindringen in einen Raum — sich in Besitz setzen (ἔχειν, § 17) — zu dem Zweck, sich vom bisherigen Besitzer, der selbst Eigentum oder ein besseres Recht behauptete, ebenso formal wieder hinausführen zu lassen, in Athen eine Möglichkeit darstellte, den Streit um eine Sache einzuleiten, die man aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht einfach (formal) wegführen konnte. Im anschließenden Deliktsprozeß wegen Vertreibung hatte der vorübergehend Eindringene gegen den im Besitz Verbliebenen sein Recht zu beweisen. Da in der Zenothemis-Rede Demon gegen die vom Eindringenden behauptete *hypothek* das unbelastete Eigentum des Protos behauptete, das schließlich ihm zugefallen sei (§ 20), konnte Demon sehr wohl die Terminologie des Prätendentenstreits (ἀμφισβητεῖν, § 14) gebrauchen, so als ob es um das Eigentum ginge (εἶναι τοῦτου τὸν σῆτον, § 21), ohne daß man dahinter eine 'Eigentumsdiadikasia' sehen müßte. Dem primitiven Formalismus des Eindringens und Hinausführens folgte ein ebenso primitives Entscheidungsverfahren, in welchem die Geschworenen unmittelbar nach Rede und Gegenrede der Parteien über die Begehung des Delikts (des ungerechtfertigten Hinausführens) und nach Bejahung der

⁷⁰ S.o. Anm. 57.

⁷¹ Der Rechtsstreit kann als 'komplexe Prozeßführung' charakterisiert werden, s. G. Thür, Komplexe Prozeßführung, dargestellt am Beispiel des Trapezitikos (Isokr. 17), in Symposion 1971, hg. v. H.J. Wolff (Köln-Wien 1975) 158-188.

⁷² So Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 35, 42.

Schuldfrage über die Höhe der Geldbuße⁷³ abzustimmen hatten — es sei denn, der Beklagte bestritt mit Paragraf die Zulässigkeit des vom Kläger eingeschlagenen Rechtsweges. In diesem schlichten rechtlichen Rahmen entwickelten die Streitparteien ihre kunstvollen taktischen Winkelzüge und — die im athenischen Geschworenenprozeß kultivierten — rhetorischen Argumente.

3) Im Rahmen dieser Abhandlung ist weder Raum nach Anlaß, die übrigen attischen Gerichtsreden, in welchen es um das formale Hinausführen aus einem Grundstück geht⁷⁴, in gleicher Weise zu analysieren. Spuren davon, daß Prozesse um Grundstücke durch Handlungen formaler Gewalt eingeleitet und in einem nachfolgenden Deliktsverfahren entschieden wurden, gibt es auch außerhalb Athens⁷⁵. Aus Megalopolis in Arkadien sind in vier Fragmenten einer Inschrift aus dem Ende des 2. Jh. v.Chr. fünf Dokumente überliefert, worin Maßnahmen zur Wiedergewinnung von Staatsland aufgezeichnet sind (IPArk 32)⁷⁶. Neben dem Bericht der Vermessungskommission (Dokument I) sind auch vier Urteile⁷⁷ publiziert, welche die Kommission in Prozessen um Grundstücke gefällt hatte (II-V). Die Klagen werden δίκη συλική (Ergreifungsklage; A 23, D [2]) genannt. Gegenstand der Ergreifung war der Prozeßgegner (ὅς σὺ με σεσύλακας, D 4, 14; vgl. a. C 7, D 17). Zum Akt des Ergreifens hatte nach D 12 die Klägerin ihren Gegner mit Proklesis aufgefordert: ὅτι ἐμοῦ προκαλεσάμενας σε ἐπὶ σύλῳι ... (vgl. a. C 3, 14, D 2, 5, 15). Sie mußte also nicht warten, bis sie ihren Gegner (oder er sie) zufällig auf dem Acker antraf, um sich von ihm formal hinausführen zu lassen. Wenn man die in A 16 erwähnten „nachfolgenden Geldstrafen“ auf diese Prozesse beziehen darf, kann man den Schluß ziehen, daß auch hier der Besitzer denjenigen — oder diejenige —, die ein Recht an dem Grundstück behaupteten, ergriffen und hinausführten; hatte der Besitzer den formal Eindringenden zu Unrecht hinausgeführt, also kein Recht an dem

⁷³ Die Vertreibungsklage zählt zu den 'schätzbaren', s. Harrison, Law II (o. Anm. 57) 81 Anm. 10.

⁷⁴ Isai. 3, 62; 5, 22; Dem. 24, 5; 30; 31; 37, 19. S. die Zusammenfassung von Harrison, Law I (o. Anm. 8) 217f.

⁷⁵ Verwiesen sei auch auf PGrenf I 11 II 14. 24 (157 v.Chr.), von dem ausgehend Mitteis, Papyrusstudien (o. Anm. 15) auch die Zenothemis-Rede analysiert hat.

⁷⁶ G. Thür / H. Taeuber, Prozeßrechtliche Inschriften der griechischen Poleis. Arkadien — IPArk (Wien 1994) Nr. 32 (103-101 v.Chr.); IG V 2, 445 (in Thür, Eigentumsdiadikasia, o. Anm. 1, 66 Anm. 46 nur kurz erwähnt).

⁷⁷ Die 'Urteile' sind ihrer Form nach vom Gericht bestätigte Klageanträge, s. G. Thür, Formen des Urteils, in: Akten d. 26. Dt. Rechtshistorikertages, hg. v. D. Simon (Frankfurt/M. 1987) 467-484.

Grundstück, wurde er — vermutlich — zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Eingedrungene hatte als Kläger sein Recht am Grundstück zu beweisen. Die δίκη συλική in Megalopolis hatte also höchst wahrscheinlich die gleiche Struktur wie die δίκη ἐξουλης in Athen. Eigenartigerweise wird für das Verfahren in Megalopolis der Ausdruck Diadikasia gebraucht ([τ]ῶν δι[α]δικασθ[έντ]ων πλέθρων, D 7). Das ist daraus zu erklären, daß hier die Deliktsprozesse um private Rechte an Grundstücken gebündelt in einem staatlichen Flurbereinigungsverfahren stattfinden; mit einer angeblichen 'Eigentumsdiadikasia' haben sie nichts zu tun⁷⁸.

4) Nicht viel anders als der Streit um Grundstücke und um die Getreideladung sieht in Athen die Verfolgung einer weiteren Gruppe von Sachen aus, nämlich jene von Sklaven. Ihrer Natur nach sind sie — projiziert man die heutige schematische Einteilung in die Antike zurück — 'beweglich', doch noch Gaius ordnet sie für die Sachverfolgung genauer unter die „sich bewegenden“ ein⁷⁹. Für sie wie für andere Lebewesen ist der gegebene Akt der Prozeßeinleitung durch formale Gewalt ein „Wegführen“, ἄγειν. Bei Sklaven kommt als Komplikation hinzu, daß sowohl der Eigentumsstreit als auch der Statusprozeß um Freiheit oder Unfreiheit durch die gleichen Akte des Wegführens eingeleitet werden.

Wieder gibt eine Gerichtsrede Einblick in die verwickelte Handhabung denkbar einfacher vorprozessualer Mechanismen, die 23. Rede des Lysias, gegen Pankleon. Der Sprecher, ein namentlich nicht genannter athenischer Bürger, will gegen seinen Schuldner, den Walker Pankleon, gerichtlich vorgehen. Dieser wehrt sich dagegen, als Metöke vor dem Polemarchos verklagt zu werden, und behauptet, als Plataer den Status eines athenischen Bürgers zu genießen; eine Klage gegen ihn sei bei den für Bürger zuständigen Amtsträgern anhängig zu machen⁸⁰. Er legt deshalb — so wie vorhin Demon gegen Zenothemis — gegen die Klage Paragraphe ein⁸¹; auch im vorliegenden Prozeß geht es lediglich um die Zulässigkeit der Klage vor dem vom Kläger angesprochenen Gerichtsmagistrat. Doch ist

⁷⁸ S. Thür, Eigentumsdiadikasia (o. Anm. 1) 65-69, und IPark S. 333-335.

⁷⁹ Gai. inst. 4, 16: *si in rem agebatur, mobilia quidem et moventia, quae modo in ius adferri adducive possent* ... (erst in nachklassischer Zeit wird von *res se moventes* gesprochen, z.B. Ulp. 1 ed. aed. cur. D 21, 1, 1 pr., itp.). Mit der Ausnahme, daß sie zum Gerichtsmagistrat „hingeführt“ werden können, ist die Kategorie der *moventia* rechtlich unerheblich.

⁸⁰ Das waren, wie aus § 2 hervorgeht, die 'Vierzig', genauer die für die Phyle Hippothontis zuständigen vier Jurisdiktionsträger, s. Harrison, Law II (o. Anm. 57) 19. Die Plataer erhielten 427 v.Chr. das athenische Bürgerrecht, Dem. 59, 104.

⁸¹ § 5: ἀντεγράψατο μὴ εἰσαγώγιμον εἶναι ... (s.a. § 10), als Paragraphe zu deuten nach Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 108-112.

diesmal die zweite Rede erhalten, die Antwort auf die vom Beklagten Pankleon bereits vorgebrachte Begründung der Paragraphe⁸². Auf den ersten Blick nicht ganz einsichtig behauptet der Sprecher, sein Gegner Pankleon, der vor dem Bürgergericht prozessieren wolle, sei nicht einmal Metöke, sondern in Wahrheit ein dem Plataer Nikomedes entlaufener Sklave. Sägt der Sprecher mit dieser Behauptung sich selbst den Ast ab, an dem die Zulässigkeit des Rechtsweges für seine Klage hängt⁸³? Man muß wohl davon ausgehen, daß der Handwerker Pankleon auch als Sklave selbständig verklagt werden kann, also auch in diesem Fall vor dem Polemarchos parteifähig ist⁸⁴. Der behauptete Sklavenstatus dient neben der persönlichen Demütigung auch als Argument dafür, daß der Beklagte bestenfalls Metökenstatus genieße (§ 12). Der ungeheuerliche Vorwurf, Pankleon sei entlaufener Sklave, ist der grobe Keil, den der Kläger in seiner Antwort auf den groben Klotz der von Pankleon den Richtern gewiß

⁸² So Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 109 gegen die ältere Literatur, gefolgt von S.C. Todd, *Lysias* (Austin TX 2000) 245.

⁸³ Wolff, Paragraphe (o. Anm. 15) 111 verneint in diesem Fall Pankleons Parteifähigkeit.

⁸⁴ Die Parteifähigkeit von Sklaven bejaht E.E. Cohen, *Athenian Economy and Society* (Princeton 1992) 97 und ders., *Status und Contract in Fourth-Century Athens: A Reply to Stephen C. Todd*, in: *Symposion 1993*, hg. v. G. Thür (Köln 1994) 141-152, 147. S.C. Todd, *The Shape of Athenian Law* (Oxford 1993) 168f. und ders., *Lysias* (o. Anm. 82) 246 folgt Wilamowitz in der Annahme, der Sprecher habe mit seiner Klage nicht eine Geldforderung gegen Pankleon durchsetzen, sondern diesen seinem Komplizen Nikomedes (§§ 9-11) als Sklaven zuspiesen wollen. Auch wenn man das mit Cohen ablehnt und die Parteifähigkeit Pankleons auch als Sklaven bejaht, scheint ein Statusstreit hinter dem Prozeß fast mit Händen zu greifen: Die Rede fällt etwa in die Zeit des Demotionidendekrets (IG II² 1237, 396/5 v.Chr.), welches zeigt, daß die Listen der Phratrien, die während des Peloponnesischen Krieges besonders in Dekeleia (§ 2) in Unordnung geraten waren, durch Diadikasia-Verfahren wiederhergestellt werden sollten. Hinter der Eintragung in die Listen stehen handfeste erbrechtliche Interessen (Harrison, *Law I*, o. Anm. 8, 89 Anm. 2). Die Zeugen, die vom Sprecher dafür geführt werden, daß sie Pankleon als Dekeleier oder Plataer „nicht kennen“ (§§ 4 und 8), könnten Gegner in einem derartigen Überprüfungsverfahren sein (Z. 13-26); Zusammenhänge vermutet auch S.D. Lambert, *The Phratries of Attica* (Ann Arbor 1993) 115-117. Die Tatsache, daß der angebliche Vater Pankleons, Hipparmodoros, „keinen Sohn hat“ (§ 6), könnte auf eine (umstrittene) Adoption hindeuten; da er einen Bruder hat (§ 9), wäre er für einen anderen οἶκος frei. Schließlich könnte hinter der Behauptung, Pankleon sei Sklave (§ 7), der oft erhobene Vorwurf stehen, die Mutter sei Sklavin (vgl. Isai 6, 19). Diese Überlegungen zeigen, daß auch ein ernsthaft wegen ἀδικεῖν (§ 2), vermutlich βλάβη (vgl. Dem. 37, 22. 25), geführter Prozeß im Gesamtkonzept eines Streites um Familienstatus stehen kann. Doch mag all das Spekulation bleiben. Das Interesse soll im folgenden dem in der Rede dokumentierten Streit um den Sklavenstatus gelten.

bereits vorgetragenen Schmähungen setzt. Im Zuge des Paragrafen-Verfahrens liefen die Vorbereitungen zu einem Freiheits- und einem Eigentumsprozeß parallel. Beide wurden durch die gleichen Maßnahmen formaler Gewalt eingeleitet. Im Gegensatz zur Zenothemis-Rede kommt es hier aber schließlich nicht zu den entsprechenden Prozessen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf den Statusprozeß, der auch in anderen Reden belegt ist: Entweder macht jemand, der die Freiheit einer in Sklaverei lebenden Person behauptet — ein '*assertor in libertatem*' —, diese Person seinem Herrn durch einen formalen Akt des „Entreißens in die Freiheit“ streitig (ἀφαιρείσθαι εἰς τὴν ἐλευθερίαν, Dem. 58, 19. 21), oder es tritt jemand auf, der eine in Freiheit lebende Person formal als seinen Sklaven abführt, ἄγειν (Lys. 23, 9; Dem. 59, 40). Nun kann wieder ein *assertor* auftreten, der das ἀφαιρείσθαι εἰς ἐλευθερίαν vollzieht (Dem. 59, 40. 45). Beidemal wird der *assertor* mit δίκη ἀφαιρέσεως verklagt (Dem. 58, 21; 59, 45); tritt er für eine in Freiheit lebende Person ein, muß er dem Wegführenden Bürgen stellen, ihm diese Person bei Prozeßverlust als Sklaven herauszugeben (Dem. 59, 49). Der verklagte *assertor* riskiert, im Falle einer Verurteilung den Wert der hiemit als Sklave festgestellten Person als Buße zu zahlen, die Hälfte dem Kläger, die andere dem Staat (Dem. 58, 21)⁸⁵. Ähnlich wie das Abführen einer Person in die Sklaverei (mit formalem Bemächtigungsakt durch ἄγειν und formalem Entreißen, ἀφαιρείσθαι) funktioniert auch der nur in Lys. 23, 10f. belegte Eigentumsprozeß um einen Sklaven; es sind zwei Akte formaler Gewalt nötig: Der Eigentumsprätendent führt den Sklaven von seinem Besitzer weg (ἄγειν), worauf ihn dieser wiederum entreißt. Im Ergebnis klagt, so wie bei der δίκη ἐξουλής, der Prätendent den Besitzer aus Delikt — dem Hinausführen bei der einen Klage entspricht das Entreißen bei der anderen. (Das doppelte Ritual des formalen Eindringens und des Hinausführens kann man bei Sklaven schwerlich anwenden).

Über die Technik der formalen Gewaltakte informieren die §§ 9, 10 und 12 der Pankleon-Rede. Auch hier gilt es zu bedenken, daß wieder nur die Rede einer Partei vorliegt. Mit tendenziöser Verzeichnung an sich richtiger Details ist deshalb zu rechnen. Der Sprecher erfuhre angeblich, daß sein Gegner Pankleon entlaufener Sklave des Nikomedes sei (§ 7).

⁸⁵ Die Verurteilung des *assertor* zu einer Geldbuße hat für die umstrittene Person die Konsequenz, daß sie entweder Sklave ihres bisherigen Herrn bleibt oder dem, der sie in die Sklaverei 'abgeführt' hat (ἄγειν), als Sklave zu übergeben ist. Wird der *assertor* hingegen freigesprochen, ist die umstrittene Person frei. Sie wird sich (selbst oder durch einen Dritten) mit γράφῃ ὕβρεως gegen den wenden, der sie zu Unrecht als Sklaven gehalten oder abgeführt hat (von δίκην λαβεῖν spricht Lys. 23, 12). Näheres s. Harrison, *Law I* (o. Anm. 8) 178f.

„Zufällig“ kommt er einige Tage später hinzu, als Nikomedes sich durch ἄγειν (§ 9) seines angeblichen Sklaven Pankleon zu bemächtigen suchte. Es kommt zu einem Handgemenge, doch die Szene endet friedlich: Pankleon stellt Bürgen dafür, daß er am nächsten Tag erscheinen werde, mit einer Person, die ihn formal in die Freiheit „entreißen“ werde (ἐξαιρήσοιτο εἰς ἐλευθερίαν, § 9)⁸⁶. Diese Person hätte Nikomedes hierauf mit δίκη ἀφαιρέσεως verklagt. Doch dazu kam es nicht. Am nächsten Tag erscheint nämlich Pankleon, begleitet von einer Frau, die behauptet, Pankleons Eigentümerin zu sein; sie „verbietet“ Nikomedes das ἄγειν (§ 10)⁸⁷. Das kann nur bedeuten, daß sie als Besitzerin auftritt und auf ein ἄγειν seitens Nikomedes' ihrerseits mit einem Akt formaler Gewalt geantwortet hätte, worauf sich Nikomedes plötzlich in einer ganz anderen Klägerposition gesehen hätte. Als Kläger im Statusprozeß müßte er nämlich, da der verklagte *assertor* lediglich die Freiheit, aber kein eigenes Recht am Umstrittenen behauptete, nur beweisen, daß Pankleon Sklave sei; im Eigentumsstreit müßte er gegen die Eigentumsbehauptung der verklagten Besitzerin beweisen, daß Pankleon sein Sklave sei — ein kleiner, aber wesentlicher Unterschied. So wäre zu Nikomedes' Nachteil aus dem geplanten Statusprozeß plötzlich ein Eigentumsstreit geworden.

Doch die stundenlangen Verhandlungen vor einem großen Kreis von Zeugen und Beratern führten zu keinem Ergebnis. Sowohl Nikomedes als auch die Frau seien bereit gewesen, Pankleon „loszulassen“ (ἀφιέναι, § 11); die Frau, wenn ihn jemand mit der Behauptung, Eigentümer zu sein, „wegführe“ (ἄγοι, § 11) — nach seinem ἄγειν vom Vortag (§ 9) kam hiefür nur Nikomedes in Frage —, Nikomedes wollte hingegen das ἄγειν nur vollziehen, wenn er sicher sein konnte, daß ein *assertor* mit einem ἀφαιρείσθαι unter Freiheitsbehauptung auftreten werde (§ 11)⁸⁸. Der

⁸⁶ Lys. 23, 9: Ἡμέραις τοίνυν μετὰ ταῦτα οὐ πολλαῖς ὕστερον ἰδὼν ἀγόμενον τουτονὶ Παγκλέωνα ὑπὸ Νικομήδους, ὃς ἐμαρτύρησεν αὐτοῦ δεσπότης εἶναι, προσῆλθον βουλόμενος εἰδέναι ὁποῖόν τι περὶ αὐτοῦ πραχθήσοιτο. Τότε μὲν οὖν ἐπειδὴ ἐπαύσαντο μαχόμενοι, εἶπόν τινες τῶν τούτῳ παρόντων ὅτι εἴη αὐτῷ ἀδελφὸς ὃς ἐξαιρήσοιτο αὐτὸν εἰς ἐλευθερίαν, ἐπὶ τούτοις ἐγγυησάμενοι παρέξουσιν εἰς αὔριον ὄχοντο ἀπιόντες.

⁸⁷ Lys. 23, 10: Τῇ δ' ὕστεραία τῆς τε ἀντιγραφῆς ἔνεκα ταυτησὶ καὶ αὐτῆς τῆς δίκης ἔδοξέ μοι χρῆναι μάρτυρας λαβόντι παραγενέσθαι, ἵν' εἰδείην τὸν τ' ἐξαιρησόμενον αὐτὸν καὶ ὃ τι λέγων ἀφαιρήσοιτο. Ἐφ' οἷς μὲν οὖν ἐξηγγυήθη, οὔτε ἀδελφὸς οὔτε ἄλλος οὐδεὶς ἦλθε, γυνὴ δὲ φάσκουσα αὐτῆς αὐτὸν εἶναι δοῦλον, ἀμφισβητοῦσα τῷ Νικομήδει, καὶ οὐκ ἔφη ἑάσειν αὐτὸν ἄγειν.

⁸⁸ Lys. 23, 11: Ὅσα μὲν οὖν αὐτόθι ἐρρήθη, πολὺς ἂν εἴη μοι λόγος διηγέσθαι· εἰς τοῦτο δὲ βιαιότητος ἦλθον οἱ τε παρόντες τούτῳ καὶ αὐτὸς οὗτος, ὥστε ἐθέλοντος μὲν τοῦ Νικομήδους ἐθελούσης δὲ τῆς γυναικὸς ἀφιέναι, εἴ τις ἢ εἰς ἐλευθερίαν τοῦτον (ἀφαιροῖτο) ἢ ἄγοι φάσκων ἑαυτοῦ δοῦλον εἶναι, τούτων οὐδὲν ποιήσαντες ἀφελόμενοι

Sprecher verschweigt, daß die Frau Pankleon ebenfalls mit einem ἀφαιρῆσθαι aus Nikomedes' Gewalt 'entrissen' hätte, aber ihrerseits unter Eigentumsbehauptung. Wenn die Frau als 'Besitzerin' des Sklaven dadurch, daß sie Nikomedes das ἄγειν „verbot“ (§ 10), nur bereit war, sich auf einen — deliktisch geführten — Eigentumsstreit einzulassen (§ 11), hatte sie den von Nikomedes geplanten Statusprozeß wirksam durchkreuzt⁸⁹. Nur sie war in der Position, Pankleon 'loszulassen' (§ 11), Nikomedes hätte ihn hiezu erst ordnungsgemäß einvernehmlich 'wegführen' müssen. Folglich geht auch der Vorwurf, Nikomedes' Gegner hätten Pankleon diesem „gewaltsam entrissen“ (§§ 11, 12)⁹⁰, ins Leere, obwohl das Zeugnis so angekündet und resümiert wird. Da Nikomedes nicht einmal eine formale Besitzergreifung vorgenommen hatte, konnte er auch nicht Opfer realer Gewalt geworden sein⁹¹. Wer nichts in Händen hat, dem kann auch nichts durch verbotene Gewalt entrissen werden. Faktisch ist Pankleon aus der Auseinandersetzung als freier Mann hervorgegangen, da Nikomedes sein am Vortag begonnenes ἄγειν nicht fortgesetzt hatte. Nikomedes und sein Komplize, der Sprecher, hatten diese Runde verloren. Es wäre interessant zu wissen, wie Pankleon, der immerhin Bürgerstatus beansprucht, das rettende Eintreten der Frau unter Eigentumsbehauptung weginterpretiert hat. Leider ist seine Paragraphe-Rede nicht erhalten.

Festzuhalten ist für die Sachverfolgung, daß in Athen auch bei Sklaven ein leicht handzuhabendes Ritual förmlicher Gewalt in einem Delikts-

ῥχοντο. Ὡς οὖν τῇ τε προτεραίᾳ ἐπὶ τούτοις ἐξηγγυήθη καὶ τότε βία ῥχοντο ἀφελόμενοι αὐτόν, μάρτυρας παρέξομαι ὑμῖν. Καί μοι ἐπίλαβε τὸ ὕδωρ.

⁸⁹ Lys. 23, 11 hat verschiedene Deutungen gefunden: Maffi, Processo (o. Anm. 1) 19 Anm. 2 meint, das Verbot der Frau, ein ἄγειν durchzuführen, habe die ἀγωγή Nikomedes' rechtlich blockiert. Er erkennt dabei das taktische Spiel um die beim ἄγειν und dem notwendigerweise folgenden 'Entreißen' auszusprechenden Behauptungen, welche den damit in Gang gesetzten Prozeß modifizieren. Kränzlein, Eigentum (o. Anm. 5) 160f. geht (wie auch Maffi) davon aus, daß das ἄγειν Nikomedes' vom Vortag (§ 9) noch wirke; folglich hätte die Frau förmlich Hand anlegen müssen, was sie aber unterlassen habe. Also sei Pankleon von seinen Genossen gewaltsam entrissen worden. Diese Meinung übersieht, daß Nikomedes das formale ἄγειν erst am zweiten Tag vollziehen sollte, was aber die Frau dadurch verhindert hat, daß sie Pankleon „nicht losließ“, es sei denn zum Eigentumsstreit. Auch Nikomedes, der Pankleon zum ἄγειν bereits angefaßt hatte, „ließ nicht los“, da er auf dem Statusprozeß bestand. Da die Frau als 'Besitzerin' in der besseren Position war, mußte Nikomedes schließlich doch loslassen, um sich nicht den Sanktionen wegen realer Gewalt auszusetzen.

⁹⁰ Lys. 23, 12: ... Ὅστις γὰρ ἐβουλήθη βία ἀφαιρεθεὶς ἐνόχους καταστήσαι τοὺς ἑαυτοῦ ἐπιτηδείους τοῖς βιαίοις μᾶλλον ...

⁹¹ Der Sprecher hätte es sicher nicht veräümt, eine von Nikomedes erfolgreich angestellte δίκη βιαίων zu erwähnen. Auch das läßt den Schluß zu, daß keine Gewaltakte vorgefallen waren.

prozeß zur Klärung der Eigentumsfrage führte. Wenn die Frau in Lys. 23 mit „Eigentumsbehauptung“ (ἀμφισβητοῦσα, § 10) auftritt und dies auch vom Gegner verlangt (ἄγοι φάσκων ἑαυτοῦ δοῦλον εἶναι, § 11), heißt das nicht, daß nun eine 'Eigentumsdiadikasia' folgte; gleichzeitig wird nämlich klar ausgesprochen, daß der Prozeß nach einem ἄγειν (unter Eigentumsbehauptung) zustandekommt. Den deliktischen Charakter dieses Prozesses kann man aus dem parallel geregelten Statusprozeß, dem ἄγειν (in die Sklaverei) samt Entreißen (ἀφαιρεῖσθαι) und der hiemit begründeten δίκη ἀφαιρέσεως erschließen (Dem. 58, 21).

5) Ebenso wenig wie die bisher besprochenen Quellen ihrer Bezeichnung oder 'Struktur' nach eine Eigentumsdiadikasia belegen, kann man eine solche in der von Maffi in diesem Zusammenhang ins Gespräch gebrachten I. Kolumne der Großen Gesetzesinschrift von Gortyn finden⁹². Knapp und präzise regelt das Gesetz in col. I Z. 2-55 die materiellen Probleme, die auch in der Pankleon-Rede auftraten: Anwendung realer Gewalt im Status- oder Eigentumsstreit um eine Person sowie die Durchführung und Folgen dieser Prozesse. Im Gegensatz zu den Gerichtsreden bietet die Gesetzesinschrift einen objektiven Text ohne tendenziöse Verzeichnungen durch eine Prozeßpartei. Doch wird dieser Vorteil teilweise dadurch wieder aufgewogen, daß das Gesetz viele, vor allem prozessuale Details als bekannt voraussetzt, welche die attischen Redner oder Aristoteles' Athenaion Politeia oft plastisch schildern. So erfährt man in Gortyn praktisch nichts über die Ladung, Klage, Prozeßeinleitung, Verhandlung, Beweisaufnahme oder den Urteilsspruch. Auch das kann den heutigen Betrachter des Textes in die Irre führen. Eine genaue Analyse der Besitzverhältnisse und der Parteirollen in den in Frage stehenden Prozessen wird zeigen, daß auch diese Quelle die deliktische Natur des Status- und Eigentumsstreits nahelegt.

Voll ist Maffi zuzustimmen, daß in col. I die Zeilen 2-14 Sanktionen gegen reale Gewaltanwendung im Vorfeld des Prozesses setzen, während

⁹² An dieser Stelle kann keineswegs eine umfassende Auseinandersetzung mit der umfangreichen Literatur zu Kolumne I der Großen Inschrift erfolgen, sondern es sollen nur die knappen Angaben über den Eigentumsstreit, notgedrungen in Parallele zum Statusprozeß analysiert werden. Im Vordergrund der Betrachtungen stand bisher das in col. I 3 ausgesprochene 'Gewaltverbot', was noch Kränzlein, Eigentum (o. Anm. 5) 147-154 bewog, die gesamte Vorschrift vor allem 'besitzrechtlich' zu interpretieren. Die Bedeutung für den Eigentumsstreit hat erst Maffi, Processo (o. Anm. 1) hervorgehoben — aufbauend auf seiner Abhandlung zum Statusprozeß, Studi di epigrafia giuridica greca (Milano 1983) 3-112.

die Zeilen 15-24 den eigentlichen Status- oder Eigentumsstreit regeln⁹³. Im ersten Teil verbietet das Gesetz reale Gewalt nicht schlechthin — selbstverständlich darf ein Herr seinen entlaufenen Sklaven ergreifen und gewaltsam nach Hause führen —, sondern nur im Hinblick auf eine dritte Person in einem künftigen Rechtsstreit (Z. 1-2), sei es um Status oder Eigentum. Der Satz $\pi\rho\acute{o}$ δίκας μὲ ἄγεν (Z. 3) soll Situationen verhindern, wie sie in Lys. 23, 9 (μάχεσθαι) und 11. 12 (βίῳ) geschildert werden, und erfüllt die Funktion der dort in § 12 genannten δίκη βιαιῶν. Konkret regelt die Vorschrift zwei Tatbestände: Jemand behauptet, ein in Freiheit lebender Mensch sei sein Sklave (vgl. Lys. 23, 9; Dem. 59, 40) und führt ihn ab, ohne vor Gericht zu gehen⁹⁴, oder er behauptet, ein bei einem anderen dienender Sklave gehöre ihm, und führt ihn ebenfalls gewaltsam mit sich (vgl. Lys. 23, 11). Wegen dieser Gewaltakte kann im ersten Fall ein *assertor* Klage erheben, im zweiten der beeinträchtigte Besitzer. Gesteht der 'wegführende' Beklagte die Gewalt zu oder wird sie ihm nachgewiesen (Z. 12-14), wird er zugunsten des Klägers zu einer Geldbuße von 10 bzw. 5 Stateren verurteilt, je nach dem, ob er eine in Freiheit oder als Sklave lebende Person abgeführt hat (Z. 4-6); der 'Richter' (δικαστάς)⁹⁵ ordnet zudem an, die ergriffene Person binnen dreier Tage aus der Gewalt zu entlassen (λαγᾶσαι, Z. 6), widrigenfalls eine weitere Buße von einem Stater bzw. einer Drachme täglich zu bezahlen ist, die wiederum der *assertor* oder der beeinträchtigte Besitzer einklagen können (Z. 6-12). Diese Bußen werden alleine wegen des verbotenen gewaltsamen 'Wegführens' (ἄγεν) verhängt, ein eventuell vorhandenes Recht zum Wegführen wird nicht überprüft⁹⁶. Da das Gesetz auf jedes, nicht nur auf

⁹³ S. die getrennte Behandlung der Abschnitte in Maffi, Studi (o. Anm. 92) 23-58 und 59-77 und dems., Processo (o. Anm. 1) 19-21. Daß in col. I kein 'generelles Selbsthilfeverbot' ausgesprochen ist, hat auch M. Gagarin, The First Law of the Gortyn Code Revisted, in: GRBS 36, 1955, 7-15 festgestellt.

⁹⁴ Liest man, wie es im folgenden versucht wird (s.u. bei Anm. 103), die Abschnitte col. I 2-14 und 15-24 im Zusammenhang, kommt man zu dem Schluß, daß das Gesetz nur die 'Knechtschaftsklage' (Kränzlein, Eigentum, o. Anm. 5, 152) regelt, nicht aber, wie allgemein angenommen, auch die 'Freiheitsklage' (S. 151). Ein versklavter Freier wird faktisch Unterschlupf bei einem Helfer gefunden haben, der gegen ein ἄγειν des vermeintlichen Herrn als *assertor* auftreten konnte. Auch in Athen ist ἄγειν nur für die 'Knechtschaftsklage' (Lys. 23, 9; Dem. 59, 40), nicht aber für die 'Freiheitsklage' (Dem. 58, 19. 21) belegt; das Gesetz von Gortyn kennt kein ἀφαιρῆσθαι, s.u. bei Anm. 104.

⁹⁵ Ein Amtsträger mit jurisdiktioneller Gewalt, jedenfalls kein ausgeloster Geschworener wie in Athen; vgl. das Gesetz über das Iterationsverbot aus Dreros, R. Koerner, Inschriftliche Gesetzestexte der frühen griechischen Polis (Köln 1993) Nr. 90 (trotz S. 336 Anm. 22).

⁹⁶ Kränzlein, Eigentum (o. Anm. 5) 148f.

gewaltsames Wegführen „vor dem Prozeß“ abstellt, liegt der Schluß nahe, daß in Gortyn Status- und Eigentumsprozesse um Sklaven ohne die in Athen nötigen vorprozessualen Akte des formalen 'Wegführens' und formalen 'Entreißens' (mit Bürgerstellung) geführt werden. Daß die Prozesse wegen gewaltsamen Wegführens in Gortyn deliktischen Charakter haben, wird niemand bezweifeln.

Den Streit um den Status einer Person oder um das Eigentum an einem Sklaven, also um das Recht, regeln die folgenden Z. 15-24. Der Charakter dieser Prozesse ist umstritten und nur aus dürftigen Indizien zu erschließen. Koerner charakterisiert den Statusprozeß (Z. 15-18) als Diadikasia, den Eigentumsprozeß (Z. 18-24) aber als deliktisch⁹⁷. Maffi sucht diesen Mißgriff zu korrigieren, indem er — insoweit völlig richtig — beide Prozeßarten einheitlich gestaltet sieht. Seiner Meinung nach werde sowohl der Status- als auch der Eigentumsstreit mit einem 'reinen Feststellungsurteil' über das Zutreffen einer der beiden kontradiktorischen Rechtsbehauptungen (Z. 15-16, 19-20) abgeschlossen; obwohl der Terminus „Diadikasia“ in der Inschrift nicht gebraucht wird, sei die Struktur einer Eigentumsdiadikasia gegeben⁹⁸. Maffi sucht seine Deutung der Z. 15-24 aus den in Z. 24-35 formulierten Sanktionen zu untermauern: Nicht der Dikastas ordne hier das Loslassen (λαγάλσαι, Z. 25/26) an wie im Deliktsprozeß (Z. 6), sondern das Gesetz selbst; ein Feststellungsurteil könne keine Leistung auftragen⁹⁹.

Dieses allzu dogmatische Argument kann nicht überzeugen. Im Deliktsprozeß trifft der Dikastas nach der Verurteilung zur Geldbuße von 10 bzw. 5 Stateren (Z. 4-6) eine gesonderte behördliche Anordnung, die Person aus der Gewalt zu entlassen (Z. 6/7), die eine weitere Verurteilung zu Tagessätzen nach sich ziehen kann (Z. 7-12). Die selben drei sauber getrennten Schritte (Verurteilung — Anordnung — Verurteilung) finden sich auch, jeweils anders formuliert als vorhin, im Status- und Eigentumsprozeß (Z. 24-35). Ein 'reines Feststellungsurteil' ergibt sich auch nicht aus den gegensätzlichen Rechtsbehauptungen „frei — unfrei“ (Z. 15/16) oder „jeder von beiden behauptet, der Sklave gehöre ihm“ (Z. 19/20). Wir haben in Athen gesehen, daß formale Bemächtigungsverfahren notwendigerweise von konträren Rechtsbehauptungen begleitet sind, deren Zutreffen im Deliktsprozeß indirekt bestätigt oder verworfen werden¹⁰⁰. Die Zeilen 15-24 und die hierauf folgenden Sank-

⁹⁷ Koerner, Gesetzestexte (o. Anm. 95) S. 460.

⁹⁸ Maffi, Processo (o. Anm. 1) 21.

⁹⁹ Maffi, a.a.O. 22.

¹⁰⁰ Dem. 32, 14. 21; Lys. 23, 10f. (s.o. II 2 und 4).

tionen sind also kein Beleg für einen Prätendentenstreit, der durch ein Feststellungsurteil abgeschlossen würde.

Bei näherem Hinsehen belegen die in den Z. 24-35 ausgesprochenen Sanktionen genau das Gegenteil, nämlich den deliktischen Charakter des Status- und Eigentumsstreits. Man kann nämlich aus der Anordnung, die umstrittene Person sei „aus der Gewalt zu entlassen“¹⁰¹, auf die Besitzpositionen während des Prozesses und auf die Parteirollen schließen. Sinnvollerweise ist zunächst wieder vom Statusprozeß auszugehen. „Sobald der, der (ihn) in Besitz hat, den Prozeß verliert, soll er den Freien loslassen innerhalb von fünf Tagen“ (Z. 24-26)¹⁰². Daraus geht hervor, daß eine der beiden Parteien des Statusprozesses sich davor der umstrittenen Person bemächtigt hat und sie bis zum Urteil noch besitzt. Das kann nach den Z. 15/16 theoretisch derjenige sein, welcher die Person als Sklaven beansprucht, oder der *assertor*, der die Freiheit behauptet. Die Vorschrift „loszulassen“ und die strengen Sanktionen gegen weiteren Entzug der Freiheit (Z. 27-35) können sich jedoch nicht gegen den *assertor* richten, der ohnedies für die Freiheit eintritt, sondern nur gegen den, der behauptet, jene Person sei sein Sklave. Er ist also der in Z. 25 genannte „Besitzer“ während des Prozesses. Diese Besitzposition wird fünf Tage nach dem Urteil mit der strengen Buße von 50 Stateren belegt, bis dahin geduldet. Wie ist die Partei, welche die Unfreiheit behauptet, in den Besitz der umstrittenen Person gelangt? Nachdem ein Wegführen „vor dem Prozeß“ unerlaubt ist (Z. 2-14), muß es — unter den Augen des Dikastas — „im Prozeß“ zulässig gewesen sein. Wie in Athen beginnt also auch in Gortyn ein Statusprozeß mit einem ἄγειν, allerdings nicht außergerichtlich, sondern vor Gericht. Diesen prozeßbegründenden Akt muß man sich in der Vorschrift der Z. 15/16 hinzudenken. Für den zeitgenössischen Leser mag das selbstverständlich gewesen sein, da einige Sätze davor ohnedies vom ἄγειν „vor dem Prozeß“ die Rede war, sodaß der Gesetzgeber den rein formalen Akt des ἄγειν „im Prozeß“ nicht mehr eigens zu erwähnen brauchte.

Wenn derjenige, der die Person als Sklaven beansprucht, diese während des Prozesses besitzt, ist anzunehmen, daß er die Rolle des Beklagten innehat. Folglich hat der *assertor* die Klägerrolle, so wie er auch wegen des unerlaubten Wegführens „vor dem Prozeß“ (Z. 2-14) als Kläger auftritt. Bestätigt wird diese Rollenverteilung dadurch, daß in Z. 15/16 die Partei, welche die Freiheit behauptet, — als Klägerin — zuerst genannt

¹⁰¹ Col. I 25/26: λαγλάσαι (vgl. Z. 6).

¹⁰² Col. I 24-26: ἔ δέ κα νικαθεῖ ὁ ἑκὼν, τὸ μὲν ἐλεύθερον λαγλάσαι τὰν πέ[ν]τ' ἀμερᾶν, ... (Übersetzung Koerner Nr. 163).

wird und dann erst — als Beklagte — diejenige, die den Sklavenstatus behauptet¹⁰³. Eigenartigerweise ist in Athen die Rollenverteilung im Statusprozeß genau umgekehrt: Der 'Versklaver' hat den 'entreißenden' *assertor* mit δίκη ἀφαίρεσεως zu verklagen und vernünftigerweise den Sklavenstatus der in Freiheit lebenden Person zu beweisen¹⁰⁴. In Gortyn folgt auf das ἄγειν durch den Versklaver offensichtlich kein Entreißen durch den *assertor*. Da nur eine einzige formelle Gewalthandlung nötig ist, wird der *assertor* in die Klägerposition gedrängt. Doch hat der Gesetzgeber das Problem der Beweislast erkannt und gelöst. Obwohl der *assertor* klagt, ist er in der besseren Beweisposition: Seine Zeugen sind die „stärkeren“ (Z. 16-18¹⁰⁵).

Parallel zum Statusprozeß ist auch der Prozeß um das Eigentum an einem Sklaven geregelt. Nachdem das Verbot, jemanden „vor dem Prozeß“ abzuführen, in gleicher Weise in Freiheit wie in Sklaverei lebende Personen betrifft (Z. 2/3) und der „verurteilte Besitzer“ im Statusprozeß (Z. 25) derjenige ist, der, wie soeben gezeigt, den Freien zu Unrecht „im Prozeß“ abgeführt hat, kommt man zu dem auf den ersten Blick überraschenden Schluß, daß auch im Eigentumsstreit derjenige, der den Sklaven herausverlangt, der 'Vindikant', sich durch formales ἄγειν „im Prozeß“ zunächst in den Besitz des umstrittenen Sklaven gesetzt hat. Daraus folgt, daß in Gortyn der Besitzer des Sklaven (so wie der *assertor*) gegenüber den Vindikanten in die Klägerrolle gedrängt ist. Der Haupteinwand dagegen, daß dadurch die Beweislast sachwidrig umgekehrt würde, schlägt nicht durch. Einerseits sieht das starre Beweissystem Gortyns nämlich vor, daß der Streit zu dessen Gunsten entschieden wird, der einen Zeugen führen kann; in Patt-Situationen hat der Dikastas freie Hand (Z. 20-24). Andererseits sind aus der Klägerrolle dessen, der den Sklaven vor dem Prozeß besaß, einige sonst nur schwer verständliche Bestimmungen leicht zu erklären. Während im Fall der verbotenen Gewalt „vor dem Prozeß“ der Dikastas für Freie und Sklaven anordnet, sie „loszulassen“ (Z. 6), hat der Beklagte, der im Streit um das Recht unterliegt, den Freien einfach „loszulassen“ (Z. 25/26), den zu Unrecht beanspruchten Sklaven jedoch „in die Hände zurückzuerstatten“ (ἐς κέρανς ἀποδόμεν, Z. 27, 34/35). Die Rückerstattungspflicht nach Prozeßverlust ist durch eine Buße von 10 Stateren gesichert (Z. 33) — doppelt so hoch wie die Sanktion für Abführen „vor dem Prozeß“ (5 Statere, Z. 5/6) — und kann durch Bußen nach Tagen des Verzugs bis

¹⁰³ Col. I 15/16: αἱ δὲ καὶ μολῇ ὁ μὲν ἐλεύθερον ἢ ὁ δ[ὲ] δ[ὲ] ὅλον, ...

¹⁰⁴ S.o. vor Anm. 85.

¹⁰⁵ Col. I 16-18: ..., κάρτονας ἔμην ἢ [ἄλλο] κ' ἐλεύθερον ἀποπώνιοντι.

auf den dreifachen Betrag anwachsen (Z. 33-38). Außerdem trägt der Rückerstattungspflichtige letztlich das Risiko, daß der umstrittene Sklave während des Prozesses in ein Heiligtum flieht (Z. 48)¹⁰⁶ oder stirbt (Z. 49-51) jeweils in der Höhe der einfachen Buße. Diese scharfen Sanktionen sind nur verständlich, wenn sie die Rückgabe eines Sklaven sichern sollen, der sich während des Prozesses bereits im Besitz des verklagten Vindikanten befindet, der aber gegen die Klage des Eigentümers wegen ungerechtfertigten Wegführens unterlegen ist.

Den Satz „sobald der Besitzer den Prozeß verliert“ (Z. 24/25) könnte man gewiß auch auf die Pflicht des verklagten (nicht, wie oben ausgeführt, des klagenden) Besitzers beziehen, den Sklaven dem Vindikanten, der mit seiner Klage obsiegt hat, herauszugeben¹⁰⁷. Doch nach einem bloßen Feststellungsurteil, daß der Vindikant im Recht sei, wäre die strenge Haftung des Verurteilten nicht gerechtfertigt¹⁰⁸. Hier wäre es angemessen, dem Sieger im Prätendentenstreit ein Zugriffsrecht auf die Sache einzuräumen; der in der angeblichen Diadikasia unterlegene Besitzer bräuchte den Sklaven lediglich „loszulassen“. Die strenge Pflicht zur Rückstellung spricht also dafür, daß sich der Sklave während des Prozesses bereits in Händen des (zu verklagenden) Vindikanten befindet. Somit ist die Stelle im Gleichklang mit dem Statusprozeß im Sinne der Umkehr der Parteirollen gegenüber dem in Athen praktizierten Eigentumsstreit zu erklären: Dort führen zwei formale Zugriffsakte den Vindikanten in die Kläger- und den Besitzer in die Beklagtenrolle. In Gortyn ist nur ein einziges formales ἄγειν „im Prozeß“ vorgesehen, wodurch der Vindikant sich vorläufig in Besitz des Sklaven setzt und folglich zu verklagen ist.

¹⁰⁶ Die Bestimmung über die Jahresfrist in Z. 46-49 ist unklar, s. R.R. Metzger, Untersuchungen zum Haftungs- und Vermögensrecht von Gortyn (Basel 1973) 15f.; Koerner, Gesetzestexte (o. Anm. 95) 462f.

¹⁰⁷ Maffi, Processo (o. Anm. 1) 22 meint mit „possessore soccombente“ die Partei, die den Sklaven vor und während des Prozesses besitzt.

¹⁰⁸ Maffi, a.a.O. vermeidet zwar den Terminus 'Vindikant', folgt aber S. 23 in der Erklärung der Z. 24-35 der These Zietelmanns, der Richter erteile wie in der *rei vindicatio* des römischen Formularprozesses dem verklagten Besitzer ein *arbitrium de restituendo*. Das widerspricht allerdings klar dem Modell der von ihm selbst vertretenen Eigentumsdiadikasia, die nach Kaser, Eigentumsschutz (o. Anm. 1) 185 in Anlehnung an Leist „keine Kläger und keine Beklagten“ kenne. Konsequenterweise nimmt Kaser, a.a.O. 190f. an, daß in Gortyn (Z. 23f.) „der Zwischenbesitz ... einer der Parteien zugewiesen wurde“. Auf dieses für die angebliche Eigentumsdiadikasia wesentliche Element gibt es im Text keinen Hinweis; Maffi geht dieser Frage nicht nach. Richtigerweise wird kein 'Zwischenbesitz' zugewiesen, sondern der Vindikant verschafft sich durch formales Wegführen (ἄγειν) 'vorläufigen Besitz'.

Es ist gewiß mißlich, jenes streitbegründende ἄγειν an der entscheidenden Stelle (Z. 15-24) nicht erwähnt zu finden. Einen Hinweis darauf gibt es allerdings in einer sehr speziellen Vorschrift am Ende der Kolumne I. Wenn ein amtierender Höchstmagistrat, ein Kosmos, „wegführt“ oder jemand von ihm — in dieser Symmetrie kann es sich nur um einen Streit um einen Sklaven handeln —, so ist der Prozeß erst nach Ablauf der Amtszeit dieses Kosmos durchzuführen. Wenn der Wegführende dann verurteilt wird, hat er jedoch die Tagessätze für den unrechtmäßigen Besitz rückwirkend ab dem Tag des Wegführens zu bezahlen (Z. 51-55¹⁰⁹). Der Sinn dieser Vorschrift ist klar: Während der Amtszeit dürfen keine Prozesse von Höchstmagistraten und gegen sie stattfinden¹¹⁰. Vordergründig könnte man als Tatbestand dieser Regelung das in Z. 2-14 verbotene gewaltsame Wegführen „vor einem Prozeß“ erblicken. Gewalt am Vermögen eines Kosmos würde dann erst nach dessen Amtszeit geahndet. Gegenstand des nachträglichen Prozesses könnte nur die Frage gewesen sein, ob Gewalt angewendet wurde oder nicht. Man fragt sich, ob die Höchstmagistrate in ihrer Amtszeit keinen wirksameren Schutz vor realer Gewalt hatten¹¹¹. Daß sie selbst wegen gewaltsamer Übergriffe erst nach Ablauf ihrer Amtszeit zur Rechenschaft gezogen werden, wäre sinnvoll. Doch mutet die symmetrische Verknüpfung von ausgeübter und erlittener realer Gewalt höchst seltsam an. Näher liegt folglich die Deutung, das ἄγειν in Z. 52 auf den prozeßbegründenden Akt des Eigentumsstreits um einen Sklaven (Z. 15-24) zu beziehen. Damit wird einem amtierenden Kosmos und gegen ihn, wenn es die Situation erfordert, die Möglichkeit eröffnet, einen Eigentumsstreit zwar zu beginnen, indem der Vindikant durch formales ἄγειν sich in Besitz des Sklaven setzt und ihn bis zur Entscheidung sicher in Händen hat; das ἄγειν würde wohl ordnungsgemäß vor einem Dikastas vorgenommen. Die Entscheidung über das Recht wird aber erst nach der Amtszeit des Kosmos gefällt. Hat der Wegführende kein Recht an dem

¹⁰⁹ Col. I 51-55: αἱ δὲ καὶ κοσ[μ]ίῳν ἄγει ἢ κοσμίοντοῖς ἄλλος, ἢ κ' ἀποστᾶι, μολέν, καὶ κλα νικαθεῖ, κατιστάμεν ἀπ[ὸ ἂ]ς ἡμέρας ἄγαγε τὰ ἐγγραμένα. „Wenn aber einer, der *Kosmos* ist, wegführt oder ein anderer (wegführt) von einem, der *Kosmos* ist, soll man den Prozeß führen, sobald er (vom Amt) abgetreten ist; und wenn einer verliert, soll er zahlen das Vorgeschriebene von dem Tag an, (da er ihn) wegführte.“ (Übersetzung Koerner Nr. 163); anders Maffi in diesem Band, s.o. 37f.

¹¹⁰ Koerner, Gesetzestexte (o. Anm. 95) 463 mit Verweis auf IC IV 41 IV 10-10 (Nr. 128), differenzierend Maffi, Studi (o. Anm. 92) 79f. und o. in diesem Band 38-40. Beide Autoren beziehen die Regelung auf das ἄγειν in Z. 3.

¹¹¹ Vgl. in Athen z.B. Dem. 21, 32f.; s. J. Bleicken, Die athenische Demokratie (Paderborn ²1994) 238, Maffi, o. S. 40f.

Sklaven und wird er im Prozeß „besiegt“ (Z. 54; vgl. Z. 24), hat er dem Kläger rückwirkend die Tagessätze für den unerlaubten Besitz zu zahlen. Nur wer sich seines Rechtes ganz sicher ist, wird sich auf dieses Risiko einlassen. Wird der Wegführende im Prozeß wegen des ἄγειν freigesprochen, weil sein Recht (indirekt) festgestellt wurde, darf er als „Sieger“ den zunächst nur vorläufig in Besitz genommenen Sklaven behalten. Der Sonderfall eines Eigentumsstreits mit einem amtierenden Kosmos veranlaßte den Gesetzgeber dazu, ein selbstverständliches Detail des Prozesses, das streitbegründende ἄγειν, zu erwähnen, da er ausnahmsweise einmal direkte materielle Rechtsfolgen daran geknüpft hat.

Die bisherige Erörterung hat die Schwierigkeiten gezeigt, mit dem Gesetzestext umzugehen: Während das materielle Recht in Gortyn oft bis in kleinste Details ausdrücklich geregelt ist, wird der prozessuale Hintergrund weitgehend als bekannt vorausgesetzt. Es ist gefährlich, diese Informationslücken vorschnell durch Modelle aufzufüllen, die den modernen oder anderen antiken Rechtsordnungen entnommen sind. Die Struktur der 'Eigentumsdiadikasia' entstammt der altsrömischen *legisactio sacramento in rem*¹¹² und hat sich bislang im Bereich der griechischen Rechtsordnungen noch nicht feststellen lassen. Für Gortyn ist festzuhalten, daß der Eigentumsstreit um Sklaven (nur dieser ist überliefert) so wie in Athen einen Akt formaler Gewaltausübung voraussetzt; dieser setzt einen Prozeß um eine Geldbuße in Gang, worin inzident auch die Eigentumsfrage entschieden wird. Daß die Athener zwei aufeinander folgende Akte formaler Gewalt verlangen, die außergerichtlich, vor Prozeßbeginn erfolgen, das Gesetz von Gortyn hingegen mit einem einzigen, jedoch bei Gericht zu vollziehenden Ergreifungsakt auskommt, sind lediglich lokale Ausformungen desselben Grundgedankens: Um Eigentum an Sklaven wird im Deliktsverfahren gestritten. Zu diesem Resultat hätte man übrigens auch bereits durch die genaue Lektüre des Gesetzes bis zur zweiten Zeile kommen können. Wenn dort πρὸ δίκας μὲ ἄγην angeordnet ist, sagt das Gesetz, daß Eigentums- und Statusprozesse als δίκη geführt werden, also in Durchsetzung eines Zugriffsrechts auf die Person des Gegners¹¹³. Dieses persönliche Zugriffsrecht entsteht in unserem Fall dadurch, daß der Vindikant den Sklaven — nach Meinung des Besitzers unrechtmäßig, er meint rechtmäßig — aus dem Herrschaftsbereich des Besitzers abführt. Dieser wehrt sich dagegen mit einer Klage auf Geldbuße, die er nur

¹¹² Kaser, Eigentumsschutz (o. Anm. 1) 187 mit weiterem Hinweis.

¹¹³ S. H.J. Wolff, Beiträge zur Rechtsgeschichte Altgriechenlands und des hellenistisch-römischen Ägypten (Weimar 1961) 248f.; dens., Lexikon der Alten Welt (Zürich 1965) s.v. Recht I 2516-2530, 2517.

zugesprochen erhält, wenn sein besseres Recht an der Sache festgestellt wird. Ganz korrekt formuliert das Gesetz den materiellrechtlichen Aspekt des Streites: „... indem jeder von beiden behauptet, der Sklave sei sein“ (Z. 19/20).

Aus der Rekonstruktion eines Wegführens „im Prozeß“ (für den Fall II, Z. 15-24) im Gegensatz zu dem ἄγειν „vor dem Prozeß“ (Fall I, Z. 2-14) ergibt sich der deliktische Charakter des Eigentumsstreits in Gortyn. Wer bis hierher gefolgt ist, wird sich fragen, wo die Buße für das rekonstruierte Delikt des formalen Wegführens festgesetzt ist. Alle in der I. Kolumne genannten Geldbußen scheinen für andere Delikte vorgesehen. Im Fall I sind 10 bzw. 5 Statere als Bußen für das gewaltsame Wegführen eines Freien bzw. fremden Sklaven zu bezahlen, im Fall II werden für das bloße Aufrechterhalten des rechtswidrigen Besitzes trotz Verurteilung Bußen von 50 bzw. 10 Stateren, wieder je nach Status des Betroffenen, verhängt. Worin der „Sieg“ (Z. 24) im Status- oder Eigentumsprozeß besteht, wird nicht gesagt. Das darf nicht dazu verleiten, den Sieg in der bloßen Feststellung des Rechts zu sehen. Liest man Fall I und II im gehörigen sachlichen Zusammenhang — verbunden durch ἄγειν „vor dem Prozeß“ (I) und „im Prozeß“ (II) — liegt die im Fall II festgesetzte Buße auf der Hand: Wenn sich im Prozeß gemäß dem für diesen Fall genau geregelten Beweisverfahren herausstellt, daß das ἄγειν nicht gerechtfertigt war (die weggeführte Person gehört nicht dem Beklagten, sondern ist entweder frei oder gehört dem Kläger), dann ist die bereits im Fall I festgesetzte Buße fällig. Für ungerechtfertigtes Wegführen gilt also generell die Buße von 10 bzw. 5 Stateren. Im Fall I sind diese Beträge allein wegen des Anwendens realer Gewalt zu bezahlen (der Beklagte kann allenfalls die Gewaltanwendung bestreiten, Z. 12-14), im Fall II sind die Bußen nur fällig, wenn formale Gewalt ohne rechtlichen Grund ausgeübt wurde. Wer seinen eigenen Sklaven, der sich als frei ausgibt oder von jemand anderem bessessen wird, durch ἄγειν „im Prozeß“ formal korrekt in Besitz gebracht hat, „siegt“ im Prozeß und kann ihn behalten; stellt sich die Person im Prozeß jedoch als frei oder als dem Kläger gehörig heraus, wird der Wegführende „besiegt“ (Z. 24) und — so ist sinngemäß zu ergänzen — hat dem Kläger die im Fall I bereits festgesetzte Buße zu zahlen. Entläßt er die (indirekt) als frei festgestellte Person nicht binnen fünf Tagen in die Freiheit oder übergibt er den Sklaven nicht in derselben Frist seinem rechtmäßigen Eigentümer, begeht der besiegte 'Wegführende' ein neues Delikt und es können empfindliche zusätzliche Bußen eingeklagt werden (Z. 24-35). Aus dieser Gesamtregelung kann man die im Fall II nicht nochmals ausdrücklich ausgesprochene feste Geldbuße für formal richtiges, aber materiell unberechtigtes ἄγειν erschließen.

6) Die bisherige Untersuchung hat gezeigt, daß der Prozeß um Eigentum je nach Beschaffenheit des Streitobjekts durch verschiedenartige Akte formaler Gewalt eingeleitet wurde. Der 'Vindikant' drang in ein Grundstück oder in einen Raum ein und wurde vom Besitzer wieder hinausgeführt, woraufhin er Klage erhob; oder er führte einen Sklaven weg, den ihm der Besitzer in Athen durch Entreißen, was eine Klage des Vindikanten provozierte, in Gortyn unmittelbar durch Klage streitig machte. Neben diesen speziellen Akten konnte auf bewegliche Sachen allgemein durch ἐφάπτεσθαι¹¹⁴ oder ἐπιλαμβάνεσθαι¹¹⁵ zugegriffen werden. Wie diese Zugriffsakte in der Praxis aussahen und welche prozessualen Schritte damit verbunden waren, geht aus den wenigen Quellen nicht klar hervor. Zu vermuten ist, daß die umstrittenen Sachen vor den Gerichtsmagistrat gebracht werden mußten¹¹⁶, was in Athen indirekt mit einer pönalen δίκη εἰς ἐμφανῶν κατάστασιν erzwungen werden konnte¹¹⁷. Allen Anschein nach ist das vor dem Gerichtsmagistrat vorzunehmende „Anfassen“ der Sache Teil der Diebstahlsklage¹¹⁸, die nach griechischer Auffassung gegen jeden Besitzer der entwendeten Sache zulässig ist¹¹⁹. Für den Rechtshistoriker sind die Vorschriften über das Anfassen vor allem deshalb interessant, weil sie die Bestimmung enthalten, daß der Besitzer durch einen weiteren realen Akt, ein „Hinführen“ zum Vormann¹²⁰, sich des Prozesses entledigen kann. In einem 'Gewährenzug' verlangt der von der Diebstahlsklage bedrohte Besitzer vom Vormann, in der Regel vom Verkäufer, an seiner Statt als Beklagter in den Prozeß einzutreten¹²¹. Doch dieses Problem mag hier auf sich beruhen.

Wichtig im vorliegenden Zusammenhang ist der Umstand, daß die abhanden gekommene Sache im Diebstahlprozeß grundsätzlich präsent

¹¹⁴ Plat. Nom. 915 c/d; StV III 482 II 41 (Rechtshilfevertrag Milet-Gortyn, nach 260 v.Chr.; Sklaven betreffend); StV III 558 II A 15 (Rechtshilfevertrag Delphi-Pellona, 1. H. 3. Jh. v.Chr.), s. dazu Harrison, Law I (o. Anm. 8) 210-214.

¹¹⁵ IPArk (o. Anm. 78) 17, 126 s.a. 96. 98 (Rechtshilfevertrag Stymphalos-Demetrias; 303-300 v.Chr.).

¹¹⁶ Plat. Nom. 914 c; Harrison, Law I (o. Anm. 8) 209.

¹¹⁷ Zur hoffnungslosen Quellenlage s. Harrison, Law I (o. Anm. 8) 207-210.

¹¹⁸ So die Verträge aus Delphi und Stymphalos (o. Anm. 114 und 115).

¹¹⁹ Die von D. Cohen, Theft in Athenian Law (München 1983) 85f. geäußerte Vermutung, daß bereits der bloße Besitz einer gestohlenen Sache den Tatbestand der 'Hehlerei' begründete, wird durch IPArk 17, 124-127 bestätigt (s. a. dort S. 182f. Anm. 58).

¹²⁰ Plat. Nom. 915 c/d: 'Εὰν δὲ ὡς αὐτοῦ ἐφάπτηται ..., ἀναγέτω μὲν ὁ ἔχων εἰς πρατῆρα ἢ τὸν δόντα ...

¹²¹ Harrison, Law I (o. Anm. 8) 210-214.

sein muß. Das erleichtert einerseits den Beweis des Diebstahlsvorwurfs¹²², andererseits ist dadurch ein weiteres Verfahren der — zweifellos deliktischen — Sachverfolgung eröffnet. Der Zusammenhang zwischen den Maßnahmen gegen den Dieb und solchen zur Wiedererlangung der gestohlenen Sache ist seit langem bekannt¹²³. Die volle Tragweite dieses Grundsatzes ergibt sich aber erst aus einer neuerlichen Überlegung zur 'Diebstahlsbuße': Das vom verurteilten Dieb zu bezahlende 'Duplum' ist nicht — wie im römischen Recht¹²⁴ — der doppelte Wert der gestohlenen Sache in Geld, sondern die Sache selbst samt einem Aufschlag des einfachen Wertes in Geld. Zwei Quellen stützen diesen für das ganze System der griechischen Sachverfolgung wichtigen Schluß.

Das athenische Gesetz über Diebstahl wird in Dem. 24, 105 folgendermaßen wiedergegeben: „Was jemand verliert, wenn er es ergreift, so ist auf den doppelten (Wert) zu verurteilen; wenn (er es) aber nicht (ergreift), auf den zehnfachen, zusätzlich auf die Zusatzstrafen¹²⁵.“ Mit D. Cohen ist an den stark unterschiedlichen Bußen in Klagen mit und ohne Sachpräsenz festzuhalten¹²⁶. Möglicherweise entstand die Buße des zehnfachen Wertes aus einer Situation, daß gestohlenen Vieh verzehrt wurde und deshalb nicht mehr zurückgegeben werden konnte. Schon wegen der Schwierigkeit, einem Dieb, der die gestohlene Sache nicht mehr hatte, den Diebstahl nachzuweisen, werden solche Klagen die Ausnahme gebildet haben. Die Regel dürften Prozesse gewesen sein, in denen die angeblich gestohlene Sache vorlag¹²⁷. Wurde der Verklagte als Dieb schuldig gesprochen, hatten die Geschworenen in einer weiteren Abstimmung den Wert der Sache zu schätzen (und in einem letzten Durchgang über eventuell beantragte Ehrenstrafen abzustimmen). „Den doppelten Schätzwert hat er als Buße zu zahlen¹²⁸.“ Trotz dieser anscheinend klar auf eine Geldbuße zu

¹²² Dem handhaften Dieb wurde das Diebsgut auf den Rücken gebunden, Dem. 45, 81; s. E. Ruschenbusch, Über die rechte Art, das Recht Athens zu studieren, in: Symposion 1985, hg. v. G. Thür (Köln 1989) 295.

¹²³ Kaser, Eigentumsschutz (o. Anm. 1) 144; Harrison, Law I (o. Anm. 8) 206f.

¹²⁴ Gai. inst. 3, 190.

¹²⁵ Dem. 24, 105: "Ο τι ἂν τις ἀπολέσῃ, ἐὰν μὲν αὐτὸ λάβῃ, τὴν διπλασίαν καταδικάζειν, ἐὰν δὲ μή, τὴν δεκαπλασίαν πρὸς τοῖς ἐπαιτίοις. Zum Textproblem, δεκαπλασίαν durch διπλασίαν zu ersetzen, s.u. Anm. 126.

¹²⁶ Cohen, Theft (o. Anm. 119) 62-68.

¹²⁷ Vgl. λάβῃ in Dem. 24, 105 (o. Anm. 125) und πὰρ' ὄντινα κ' ἐπιλάβηται in IPArk 17, 126, gleichzusetzen mit ἐφάπτεσθαι (s.o. Anm. 14). Der Akt des 'Anfassens' ist von den oben behandelten formalen Bemächtigungsakten 'Wegführen' oder 'Entreißen' zu unterscheiden, s.u. Anm. 137.

¹²⁸ Dem. 24, 114: ... διπλάσιον ἀποτεῖσαι τὸ τιμηθέν, ...

beziehenden Worte¹²⁹ zeigt Demosthenes zwei Sätze später, daß er die Rückgabe der gestohlenen Sache in die Buße mit einbezieht. Solon habe nämlich die „bloße Rückgabe“ (μόνον ἀποδόντα, μόνον καταθήσειν) für nicht ausreichend erachtet und deshalb διπλάσια καταθεῖναι angeordnet (§ 115). Damit ist die Restitution ein Teil der Diebstahlsbuße.

Den Abschnitt Dem. 24, 105. 114f. neu zu deuten, wurde durch die neu gelesenen Vorschriften über Diebstahl im Rechtshilfevertrag zwischen Stymphalos und Demetrias inspiriert (IPArk 17, 111-134, 303-300 v.Chr.). Dort werden neben festen Geldbußen auch solche in Gestalt des „doppelten Diebsgutes“ angeordnet¹³⁰. In der eingeschobenen Bestimmung, daß ein Käufer vom Markt „straflos“ (ἄζάμιος, Z. 124) sein soll, wird ausgesagt, daß er die Sache behalten darf, obwohl sie gestohlen ist¹³¹. Aus dem Wort „straflos“ beim Marktkauf geht hervor, daß die „Buße“ (τὰ ἐπιζάμια, Z. 127), nämlich das „doppelte Diebsgut“ (Z. 118/19, 121) in den anderen Fällen die Rückgabe der Sache mit einschließt. Schließlich macht auch die auf den Marktkauf (Z. 121-124) folgende Bestimmung, daß jeder, der eine aus einem Haus¹³² gestohlene Sache besitzt, als Dieb verklagt werden kann (Z. 124-130)¹³³, die Diebstahlsklage zu einem für die Sachverfolgung bestens geeigneten Instrument. Die weichen, auch gegen den jeweiligen Besitzer des Diebsgutes gerichteten Formulierungen im athenischen Diebstahlsgesetz¹³⁴, „wer verloren hat“ und „ergreift“, deuten darauf hin, daß auch dort Ähnliches galt.

III

Bei genauerer Suche wird man vielleicht noch weitere spezielle Verfahren finden, welche einem Berechtigten direkt oder indirekt die Sachverfolgung ermöglichten. Als Ergebnisse dieser immer noch sehr vorläufigen Untersuchung¹³⁵ kann man jedenfalls zunächst festhalten, daß den Griechen die Rechtsfigur eines einheitlichen, an einem abstrakt-

¹²⁹ Vgl. a. Aristot. Probl. 952a; von Cohen, Theft (o. Anm. 119) 62 mit „simple larceny punishable by a twofold fine“ wiedergegeben.

¹³⁰ IPArk 17, 116: ὁ κ' ἀδικῆτι διπλάσιον, 118/19 und 121: διπλόα τὰ κλοια, 127: τὰ ἐπιζάμια.

¹³¹ S. IPArk 17 S. 182f. Anm. 58.

¹³² Anders ist der Viehdiebstahl von der Weide geregelt, Z. 159-173.

¹³³ Erwartungsgemäß ist in diesem Abschnitt der Gewährzug geregelt (Z. 129-131, leider lückenhaft erhalten), während dies beim Marktkauf (Z. 121-124) nicht nötig ist.

¹³⁴ Dem. 25, 105, s. den o. Anm. 125 zitierten Text.

¹³⁵ Sie schließt an die 1977 in Eigentumsdiadikasia (o. Anm. 1) 68f. gemachten Schlußbemerkungen an.

juristischen Sachbegriff orientierten Eigentumsprozesses fremd war. Obwohl die — jedem Laien einsichtige — Kategorie des Eigentums bekannt war¹³⁶ (und auch auf Pfandrechte angewandt wurde), zog man für die Sachverfolgung daraus keine rechtlichen Konsequenzen. Wer eine Sache herausverlangte, mußte einen je nach Art der Sache unterschiedlichen formalen Bemächtigungsakt setzen, in ein Grundstück „eindringen“, einen Sklaven „wegführen“ eine vor den Gerichtsmagistrat gebrachte Sache (das konnte auch ein Sklave sein) „anfassen“.

Als weiteres Ergebnis stellte sich heraus, daß der unmittelbare Anlaß eines Eigentumsstreits stets ein Delikt war. Obwohl es den Streitparteien in Athen und dem Gesetzgeber in Gortyn bewußt war, daß materiell um das Eigentum gestritten wurde, fiel im Prozeß die Entscheidung darüber nur mittelbar als Schuld- oder Freispruch über den Deliktsworwurf. Das Delikt bestand entweder in einem bereits auf die zweckmäßige Verteilung der Parteirollen hin konzipierten Akt formaler Gewaltausübung oder in einem vom Besitzer der Sache oder von einem seiner Vorbesitzer begangenen Diebstahl¹³⁷. Da nicht nur der Dieb, sondern jeder Besitzer einer gestohlenen Sache wegen κλοπή haftete, kam dieser Deliktsklage 'quasi-dingliche' Wirkung zu und war zur Sachverfolgung geeignet. In diesem Zusammenhang ist auch der 'Gewährenzug' zu sehen; nachdem der Besitzer die Sache vor den Gerichtsmagistrat gebracht hatte, war es ihm möglich, diese real zu einem Vormann „hinzuführen“ und sich so von der Haftung für einen 'Diebstahl', den er nicht selbst begangen hatte, zu befreien.

Ein drittes Ergebnis betrifft die in den Deliktsprozessen verhängten Sanktionen. Wer in einem der erwähnten Deliktsprozesse indirekt als Eigentümer festgestellt wurde, hatte entweder ein Zugriffsrecht auf die Sache selbst oder sie mußte ihm übergeben werden¹³⁸. Daneben waren auch Geldbußen festgesetzt: in Athen stets der Wert der umstrittenen Sache in Geld — in Klagen, die mit formaler Gewalt eingeleitet wurden,

¹³⁶ Das ist heute unbestritten, s. bereits Thür, Eigentumsdiadikasia (o. Anm. 1) 55 Anm. 1.

¹³⁷ Das „Anfassen“ des Streitobjekts vor dem Gerichtsmagistrat (s.o. Anm. 114f., 127), war offensichtlich kein Delikt und zog auch keinen Wechsel im Besitz nach sich. Der wegen Diebstahls Verklagte blieb im Besitz der umstrittenen Sache, es sei denn, er „führte“ sie zu seinem Vormann „hin“. Ob die als gestohlen bezeichnete Sache auch den Geschworenen vorliegen mußte, ist zweifelhaft.

¹³⁸ Für Athen s. das o. Anm. 10 vermutete Zugriffsrecht und die Sicherung durch Bürgen (Dem. 59, 49; s.o. vor Anm. 85), in Gortyn drohten der Partei, die sich durch erlaubtes ἄγειν im Prozeß vorläufig in den Besitz der Sache gesetzt hatte, bei Nichtherausgabe empfindliche Geldbußen (col. I 24-35; s.o. bei Anm. 108).

geteilt zwischen dem siegreichen 'Vindikanten' und dem Staat¹³⁹, die Diebstahlsbuße fiel zur Gänze dem Kläger zu¹⁴⁰ —, in Gortyn feste Bußsätze¹⁴¹, im Stymphalos beides kombiniert¹⁴². Betrachtet man die von der Warte des Beklagten her einheitlichen Sanktionen in Athen, nämlich Verlust der Sache samt Zahlung ihres Wertes, kommt man zu den Schluß, daß die Athener trotz der unterschiedlichen prozessualen Wege der Sachverfolgung deren materielle Einheit erkannt haben.

¹³⁹ S.o. Anm. 9 und 85.

¹⁴⁰ S.o. Anm. 125.

¹⁴¹ S.o. nach Anm. 113.

¹⁴² S.o. bei Anm. 130.